



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

BILDUNGSPOLITIK IN RUSSLAND RUSSISCHE VERGANGENHEITSPOLITIK

■ ANALYSE		
Akademische Ausbildung in Russland an staatlichen Hochschulen: Auf Kosten des Staates oder gegen Gebühren		2
Christine Teichmann, Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Russlands Hochschulen in Zahlen		5
■ UMFRAGE		
Hochschulausbildung und Hochschulzugang in Umfragen		12
■ DOKUMENTATION		
Die Europäische Universität in St. Petersburg nimmt ihre Tätigkeit wieder auf		14
■ KOMMENTAR		
Vom Fortwirken der Geschichte		16
Jens Siegert, Moskau		
■ DOKUMENTATION		
Nationale Geschichtsbilder. Das 20. Jahrhundert und der »Krieg der Erinnerungen« Ein Aufruf der Gesellschaft MEMORIAL		18
■ UMFRAGE		
Wie sollten Schulgeschichtsbücher heute aussehen?		23
Stalin – Tyrann oder Held?		27
■ CHRONIK		
Vom 2. bis zum 17. April 2007		30
■ LESEHINWEIS		
OSTEUROPA 2/2008 – Beiträge mit Russlandbezug		32



Analyse

Akademische Ausbildung in Russland an staatlichen Hochschulen: Auf Kosten des Staates oder gegen Gebühren

Christine Teichmann, Berlin

Zusammenfassung

Hochschulbildung war in der ehemaligen Sowjetunion für die Studierenden an den staatlichen Hochschulen des Landes kosten- bzw. gebührenfrei. Nach dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Regimes und der damit einhergehenden Wirtschafts- und Finanzkrise geriet das Bildungswesen in der Russischen Föderation Anfang der 1990er Jahre in eine schwierige Situation. Die extreme Verknappung der zur Verfügung stehenden Mittel führte dazu, dass die Bildungseinrichtungen bis zur Jahrhundertwende fast ausschließlich mit dem »Kampf ums Überleben« beschäftigt waren. Daher werden seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre nicht nur an den privaten Hochschulen Gebühren erhoben, sondern auch an staatlichen Einrichtungen, die zusätzlich zu den staatlich finanzierten Studienplätzen gebührenpflichtige Studienangebote unterbreiten. Mit diesen Einnahmen versuchen die Hochschulen, einen Teil der seit langem defizitären staatlichen Zuwendungen auszugleichen.

Ein Blick zurück: Hochschulzugang und Hochschulfinanzierung in der Sowjetunion

Universitäten und Hochschulen wurden in der Sowjetunion ausschließlich vom Staat finanziert. Hochschulbildung war für die Studierenden gemäß der geltenden Verfassungen (von 1936 und 1977) kostenfrei. Im Gegensatz zu den meisten westeuropäischen Staaten erfolgte der Hochschulzugang faktisch immer über eine separate Aufnahmeprüfung an einer bestimmten Hochschule (nach dem Abschluss der 11. Klasse). Wenn heute rückschauend auf die Kostenfreiheit des Studiums und die singuläre staatliche Alimentierung der sowjetischen Hochschulen von Vertretern aus Politik und Hochschulen gefordert wird, diese Voraussetzungen für die akademische Ausbildung beizubehalten bzw. wiederherzustellen, werden jedoch zwei ganz wesentliche Bedingungen außer Acht gelassen, an die die kostenfreie akademische Ausbildung seinerzeit gebunden war:

- Alle Hochschulabsolventen erhielten nach dem Studium vergleichsweise geringe Löhne und Gehälter, die mehrheitlich nicht höher waren als die von (qualifizierten) Facharbeitern. Das wurde damit begründet, dass der Staat ihnen ja eine kostenfreie akademische Ausbildung gewährt habe.
- Die Hochschulabsolventen waren zudem verpflichtet, nach dem Studium eine ihnen vom Staat zugewiesene Arbeitsstelle anzunehmen und dort mindestens 3 Jahre lang zu verbleiben, um sozusagen die Kosten für das Studium »abzuarbeiten«.

Unter den neuen marktwirtschaftlichen Verhältnissen haben diese beiden Bedingungen heute keine Gültigkeit mehr. Anders gesagt: Zum einen investiert der Staat

nach wie vor erhebliche Mittel aus dem Haushalt in die akademische Ausbildung, die aber aufgrund der stetig steigenden Studierendenzahlen und Ausbildungskosten den Bedarf der Einrichtungen längst nicht decken können. Zum anderen erhält der Staat häufig keine »Gegenleistung« für seine Investitionen, da viele der Hochschulabsolventen aus unterschiedlichen Gründen dem (staatlichen) Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen – sei es, dass sie besser bezahlte Jobs in der freien Wirtschaft annehmen, ins Ausland gehen, überhaupt nicht in dem Berufsfeld tätig werden, in dem sie ausgebildet wurden u.a.m.

Die Krise des Bildungswesen in der Transformationsphase

Nach dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Regimes und der damit einhergehenden Wirtschafts- und Finanzkrise geriet das Bildungswesen in der Russischen Föderation Anfang der 1990er Jahre in einen permanenten Krisenzustand, der sich insbesondere in einer chronischen Unterfinanzierung der Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen manifestierte. Die Regierung erteilte dem bisherigen, streng zentralisierten Finanzierungssystem eine Absage und der Staat zog sich partiell aus seiner finanziellen (und administrativen) Verantwortung für die Bildungseinrichtungen zurück. Im Artikel 40 (Pkt. 2) des Gesetzes der Russischen Föderation »Über die Bildung« (1996) heißt es, dass der Staat dafür Sorge trägt, dass jährlich nicht weniger als 10 % des Nationaleinkommens zur Finanzierung des Bildungswesens bereitgestellt werden. (Dies entspricht in etwa 7 % vom BIP.) Diese Vorgaben wurden allerdings

in den 1990er Jahren nie eingehalten, d.h. die Bildungsausgaben *de facto* aus dem Staatshaushalt blieben mit 3,86 % (1995) bzw. 3,63 % (1999) weit hinter den Bildungsausgaben *de jure* zurück.

Die extreme Verknappung der zur Verfügung stehenden Mittel führte dazu, dass die Bildungseinrichtungen bis zur Jahrhundertwende fast ausschließlich mit dem »Kampf ums Überleben« beschäftigt waren und es – im Gegensatz zu anderen Bereichen der Gesellschaft – nur ansatzweise zu Reformschritten kam. In dieser Zeit reichten die Zuwendungen des Staates lediglich dafür aus, um dem Lehrpersonal die ohnehin kargen Gehälter zu zahlen und das auch nicht immer fristgerecht. Zahlungen für kommunale Dienstleistungen mussten über Jahre ausgesetzt werden und es häuften sich große Schuldenberge an. Neuanschaffungen wurden kaum getätigt und an Mittel für Modernisierungen war nicht zu denken. Diese Situation führte zu gravierenden Einbußen in der Qualität der Ausbildung an Schulen und Hochschulen des Landes, die gemessen an internationalen Standards noch bis in die 1980er Jahre hinein in vielen Bereichen durchaus wettbewerbsfähig war.

Erst mit der schrittweisen Konsolidierung marktwirtschaftlicher Strukturen in der Gesellschaft wurden auch Voraussetzungen für dringende radikale Reformen im Bildungsbereich geschaffen. Kurze Zeit nach seinem Amtsantritt (2000) hat Präsident Putin die Reformierung des nationalen Bildungswesens zur »Chefsache« erklärt. Der russische Staat kommt seitdem erstmals wieder regelmäßig seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Bildungseinrichtungen nach und hat seine Zuwendungen sogar (leicht) erhöht. Bereits Ende 2001 wurde von der Regierung eine »Konzeption zur Modernisierung des Russischen Bildungswesens für den Zeitraum bis zum Jahr 2010« verabschiedet. Kernpunkt dieser Konzeption war bzw. ist eine Neuordnung der Finanzierungsmechanismen im Bildungswesen auf der Grundlage eines liberalmarktwirtschaftlichen Regelungskonzepts. Für die staatlichen Hochschuleinrichtungen bedeutet das konkret, dass ihre Finanzierung sukzessive von einer angebotsorientierten Mittelzuweisung durch den Staat auf eine nachfrageorientierte Finanzierung umgestellt werden soll.

Kommerzialisierung im Bildungswesen – das Beispiel der Hochschulen

In einer Umfrage des renommierten Lewada-Zentrums im Sommer 2007 haben 67 % der Teilnehmer auf die Frage, was ihrer Meinung nach das Wichtigste sei, um ein Hochschulstudium aufnehmen zu können, geantwortet: GELD. Diese Auffassung verwundert kaum, wenn man zudem weiß, dass derzeit mehr als die

Hälfte aller Studierenden an den russischen Hochschulen Gebühren für ihre akademische Ausbildung zahlen. Studiengebühren werden seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre sowohl an privaten als auch an staatlichen Hochschulen erhoben. Während die privaten Einrichtungen die Kosten für ihre Studienangebote in Abhängigkeit von den »Marktverhältnissen« auf dem Gebiet der akademischen Bildung selbst festlegen, sahen bzw. sehen sich die staatlichen Einrichtungen bei der Vergabe von gebührenpflichtigen Studienplätzen (zusätzlich zu den staatlich finanzierten) mit mehr oder weniger strengen Eingriffen seitens des Staates in ihre Autonomie konfrontiert. Gleichwohl sind die Einnahmen aus den Gebühren für die staatlichen Hochschulen eine wichtige Ressourcenquelle, die zumindest einige »Löcher« in den seit Beginn der 1990er Jahre permanent defizitären Hochschulhaushalten schließen hilft.

Kostenfreie akademische Ausbildung in der russischen Marktwirtschaft – nur auf Wettbewerbsbasis

Die kommerzielle Ausbildung als eine der neuen Formen zur Ressourcenbeschaffung im Bildungsbereich in der Russischen Föderation hat in den letzten Jahren vor allem an den staatlichen und kommunalen Hochschuleinrichtungen deutlich zugenommen. Im Vergleich zu den nichtstaatlichen (rein kommerziellen) Einrichtungen, in denen die Zahl der Studierenden in den letzten 10 Jahren um das 8-fache gestiegen ist, hat sich allein die Zahl der zahlenden Studierenden an den staatlichen und kommunalen Einrichtungen um das 12-fache erhöht. So wurden zum Beispiel im Studienjahr 2005/06 755.900 Erstsemester, die für ihr Studium Gebühren zahlen, an staatliche Einrichtungen aufgenommen. Demgegenüber haben im gleichen Jahr ca. 753.000 einen staatlich finanzierten Studienplatz erhalten.

In der aktuellen Verfassung des Landes heißt es (wie übrigens früher auch), dass »... Hochschulbildung kostenfrei nur auf Wettbewerbsbasis (vom Staat) bereitgestellt wird.« Wettbewerbsbasis meint – wie bereits erwähnt – die obligatorischen Aufnahmeprüfungen für den Hochschulzugang. Erst wenn der Bewerber diese erfolgreich bestanden hat, hat er einen (verfassungsmäßigen) Anspruch auf einen staatlich finanzierten Studienplatz. Allerdings ist die Bewerberzahl an den nationalen Hochschuleinrichtungen in den 1990er Jahren im Vergleich zu Sowjetzeiten rasant angestiegen, so dass die Kapazitäten der bestehenden staatlichen Einrichtungen insbesondere in finanzieller und personeller Hinsicht weit überschritten wurden. Vielen Hochschulen war es daher häufig unmöglich, der großen Zahl von Bewerbern, die die Aufnahmeprüfungen bestanden hatten, tatsächlich einen kos-

tenfreien Studienplatz zu garantieren. Der Staat versucht darüber hinaus, regulierend einzugreifen, indem er im Bildungsgesetz eine »Norm« festgelegt hat, nach der mindestens 170 Studierende pro 10.000 Einwohner einen staatlich finanzierten Studienplatz erhalten sollen. Aber auch diese Kennziffer wurde im letzten Jahrzehnt immer wieder überschritten: So gab es im Jahr 2005 pro 10.000 Einwohner 209 Studierende auf Staatskosten. Die finanzielle und personelle Ausstattung der staatlichen Hochschulen war allerdings im Verhältnis zu dieser hohen Studierendenzahl nicht angemessen. In den kommenden Jahren wird nun allerdings mit einem generellen Rückgang der Studierendenzahlen gerechnet, da geburtenschwache Jahrgänge die Zahl der Schulabsolventen deutlich reduzieren werden, so dass bis zum Jahr 2010 laut Prognosen die Studierendenzahl an den staatlichen Hochschulen um 25–30 % sinken wird.

Unter den genannten Bedingungen war die Einführung von gebührenpflichtigen Studienplätzen eine akzeptable Lösung sowohl für die Hochschulen, die sich damit – vom Staat sanktioniert – eine neue Einnahmequelle erschlossen, als auch für die in den Prüfungen erfolglos gebliebenen Bewerber, die sich ihren Studienplatz nun doch noch »erkaufen« konnten. Gleichwohl hat das teilweise recht niedrige intellektuelle Niveau zahlender Studierender die Ausbildungsqualität an den russischen Hochschulen negativ beeinflusst.

Staatliche Kontrolle bei der Vergabe von Studienplätzen

In den ersten Jahren nach der Einführung von Studiengebühren an den staatlichen Hochschulen hat der Staat das Kontingent der Gebührenzahler dort limitiert – es durften maximal 25 % der Erstsemester sein. Die Quoten wurden aber aufgrund der anhaltenden finanziellen Misere (verursacht durch die ausbleibenden staatlichen Zuwendungen) von den Einrichtungen permanent unterlaufen, so dass die Realität alsbald zu Korrekturen der bildungspolitischen Vorgaben zwang. Seit 2004 sind die letzten Barrieren gefallen, die in bestimmten Fachrichtungen wie Jura oder Wirtschaftswissenschaften die Quote zuletzt auf 50 % der Studienbewerber begrenzt. Heute können die staatlichen Hochschulen eine unbegrenzte Zahl von »Selbstzahlern« aufnehmen, sofern sie in der akademischen Ausbildung die strengen staatlichen Akkreditierungsvorschriften einhalten, die eine staatlich verbürgte Ausbildungsqualität garantieren sollen. Außerdem sehen sich die Hochschulen in diesem Kontext mit einer rigiden Gesetzgebung konfrontiert: Wenn die Zahl der zahlenden Studierenden eine bestimmte Grenze überschreitet, werden den Einrichtungen staatliche Gelder bzw. Zuschüsse gekürzt,

so dass eine erhebliche Steigerung des Kontingents an gebührenpflichtigen Studienplätzen keinen Sinn macht und wenig lukrativ ist.

Die vorrangige Sorge des Staates gilt auch heute dem Erhalt eines entsprechenden Kontingents an staatlich finanzierten Studienplätzen, um die Einhaltung der verfassungsmäßigen Rechte seiner Bürger zu garantieren. Dennoch hat es in den letzten Jahren immer wieder Kürzungen dieses Kontingents gegeben. So gab unlängst das Bildungsministerium bekannt, dass es im Studienjahr 2008/09 ca. 525.000 kostenfreie Studienplätze an den föderalen Hochschulen geben und insgesamt eine Kürzung von 2 % bei den staatlich finanzierten Studienplätzen an den Hochschulen, in der Doktorandenausbildung und an den Berufsfachschulen vorgenommen wird. Betroffen werden davon insbesondere die Geisteswissenschaften (- 7,2 %) und die Wirtschaftswissenschaften (- 4,8 %). Gleichzeitig sollen auf diese Weise die Mittel erhöht werden, die pro Studienplatz aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Im Jahr 2006 waren das jährlich im Durchschnitt \$ 800. Gebührenzahler an den staatlichen Einrichtungen wurden hingegen mit jährlich ca. \$ 1.000 zur Kasse gebeten.

Einheitliche Prüfungen für den Hochschulzugang + ein neues Modell zur Hochschulfinanzierung = Überwindung der finanziellen Misere an den Hochschulen?

Die in der Sowjetunion üblichen und noch bis Anfang dieses Jahrhunderts größtenteils in eigener Regie der Hochschulen organisierten, teilweise sehr anspruchsvollen Aufnahmeprüfungen sind im letzten Jahrzehnt zunehmend in Misskredit geraten, da sie sich ganz offensichtlich zu einer Quelle für Korruption (Schmiergeldzahlungen an Aufnahmekommissionen und Entscheidungsträger an den Hochschulen usw.) entwickelt haben. Seit 2001 wird deshalb auf Initiative des Bildungsministeriums an einem Experiment gearbeitet, bei dem die hochschuleigenen Prüfungen durch landesweite einheitliche Prüfungen am Ende der Schulzeit ersetzt werden sollen. Die Prüfungsergebnisse sollen gleichzeitig an den Hochschulen bei der Bewerbung um einen Studienplatz vorgelegt werden und die bisherigen Aufnahmeprüfungen ersetzen. Trotz einer sukzessiven Ausweitung auf immer größere Landesteile fehlt es dem Experiment noch an Akzeptanz – insbesondere an den Hochschulen. Gleichwohl hält die Bildungspolitik an ihrem Ziel fest, diese einheitliche Prüfung als (einzige) Voraussetzung für den Hochschulzugang verbindlich für alle Hochschulen im Jahr 2009 einzuführen. Nach Angaben aus dem Bildungsministerium wurden im Studienjahr 2006/07 bereits fast 50 % aller Erstsemester anhand der Ergebnisse aus

den neuen einheitlichen Schulabschlussprüfungen an Hochschulen aufgenommen.

Die Einführung der einheitlichen Prüfung ist zudem an ein neues Finanzierungsmodell der Hochschulen gekoppelt, das für weitere Kritik und Ablehnung des neuen Prüfungsmodus gesorgt hat. Der Abiturient erhält nach der Prüfung eine Art Bildungsgutschein für die Hochschulausbildung, der in Abhängigkeit von der erbrachten Prüfungsleistung (der erreichten Punktzahl) variabel dotiert sein soll und ihm im günstigsten Fall einen komplett vom Staat finanzierten Studienplatz garantiert oder aber einen staatlichen Studienplatz, für den er in bestimmter Höhe selbst Zuzahlungen zu leisten hat. Die Hochschulen sollen für diese Bildungsgutscheine ihrer Bewerber dann entsprechende Mittel aus dem Staatshaushalt bewilligt bekommen. Auf diese Weise wird einerseits angestrebt, die Auf-

nahmeprüfungen transparenter zu gestalten und andererseits die Mittelverwendung an den Hochschulen zu optimieren. Kritiker dieses Verfahrens haben kürzlich noch einmal deutlich gemacht, dass eine derart enge Bindung der Höhe der staatlichen Finanzierung an die Ergebnisse einer einheitlichen Prüfung eindeutig das in der Verfassung verbriefte Recht auf Bildung verletzt. Der Staat müsse allen, die aufgrund der bestandenen Prüfungen einen staatlich finanzierten Studienplatz erhalten, gleiche Rechte garantieren – unabhängig von der individuellen Punktzahl in den Prüfungen, die an unterschiedlich hohe staatliche Dotierungen für den Studienplatz gebunden werden soll. Anderenfalls ist abzusehen, dass das Recht auf Hochschulbildung für verschiedene Schichten der Bevölkerung (noch) weiter beschnitten wird.

Über die Autorin

Die Autorin ist promovierte Linguistin. Seit den 1990er Jahren arbeitet sie in der Wissenschafts- und Bildungssoziologie. Gegenstand ihrer Forschungen ist die Transformation der Hochschulsysteme in den postkommunistischen Staaten Osteuropas und Zentralasiens. Z.Zt. ist sie als freie Wissenschaftlerin in Berlin tätig.

Lesetipps

- Sonja Steier (Hrsg.), Bildungspolitik und Bildungsfinanzierung in Russland zwischen Staat und Markt (=Studien zum Bildungswesen mittel- und osteuropäischer Staaten 2), Waxmann Verlag, Münster 2005
- Christine Teichmann, Die Hochschultransformation im heutigen Osteuropa. Kontinuität und Wandel bei der Entwicklung des postkommunistischen Universitätswesens, ibidem-Verlag, Stuttgart 2007

Tabellen und Grafiken zum Text

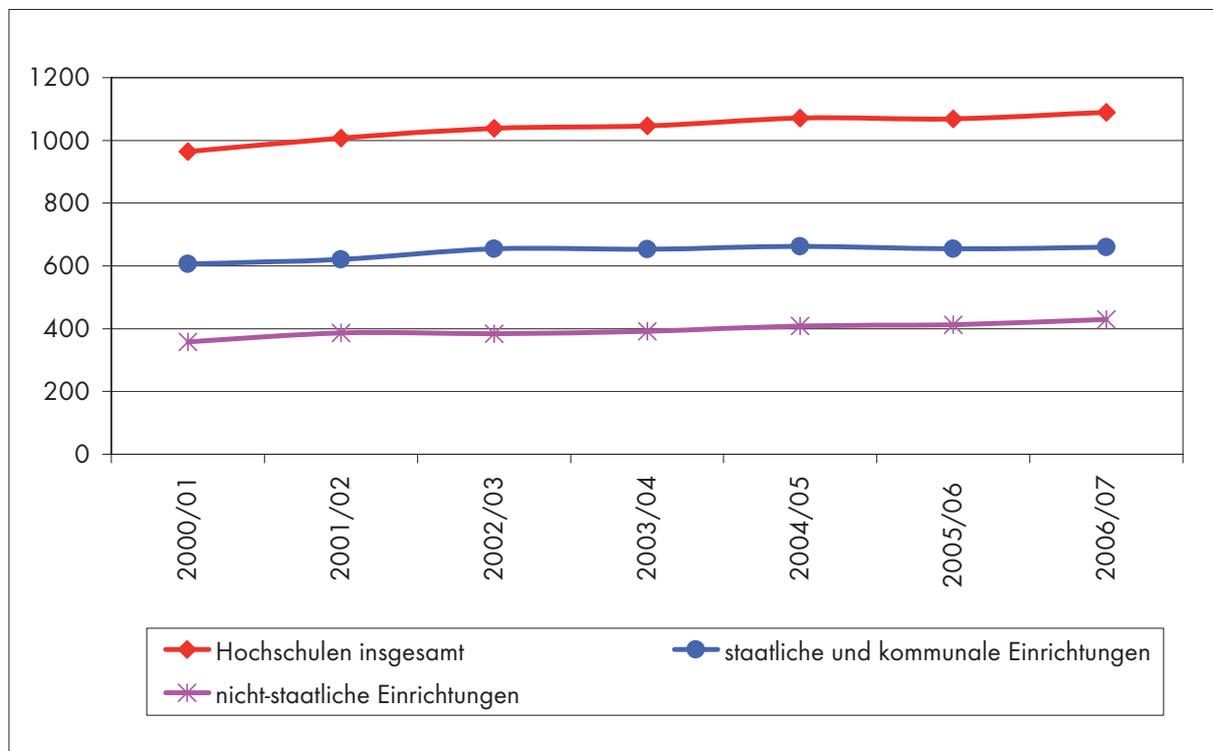
Russlands Hochschulen in Zahlen

Ausgaben aus dem Staatshaushalt für Bildung und Hochschulbildung in der UdSSR respektive der Russischen Föderation zwischen 1980 und 1999

	1980	1985	1990	1995	1997	1998	1999
Insgesamt (Mrd. Rubel)	76,1	101,1	136,3	284.778,0	529.765,0	499,9	575,1
Bildung (Mrd. Rubel)	11,6	13,6	22,2	10.981,0	18.471,0	17,3	20,9
Anteil der Bildungsausgaben am BIP (%)	1,82 %	1,65 %	2,22 %	0,70 %	0,68 %	0,61 %	0,52 %
Anteil der Bildungsausgaben am Staatshaushalt (%)	15,24 %	13,40 %	16,29 %	3,86 %	3,49 %	3,45 %	3,63 %
davon: Hochschul-ausbildung (Mrd. Rubel)	1,5	1,6	2,4	6.351,0	10.568,6	10,0	13,0
Anteil der Hochschul-ausbildung am Staatshaushalt für (%)	1,97 %	1,58 %	1,76 %	2,23 %	1,99 %	2 %	2,26 %

Quelle: A. Ja. Saweljew (2001), *Wyschhee obrasowanie : sostojanie i problemy raswitija*, Moskau, S. 33.

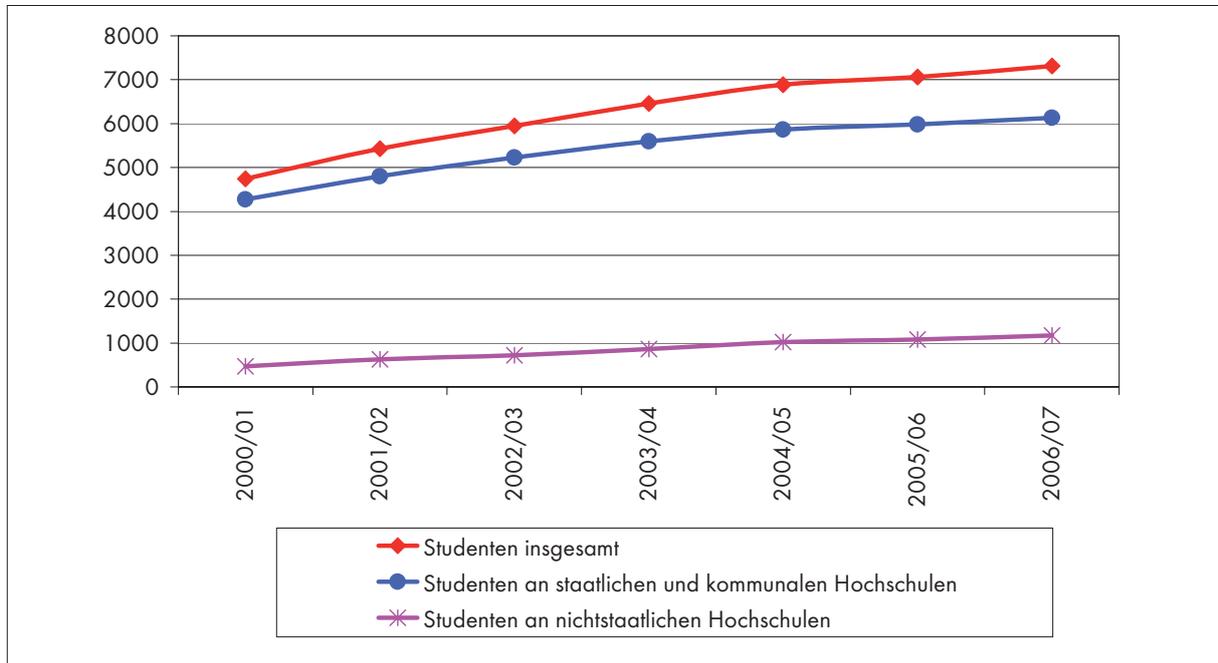
Entwicklung der Zahl der staatlichen und nichtstaatlichen Hochschulen von 2000/2001 bis 2006/2007



	Hochschulen insgesamt	Staatliche und kommunale Einrichtungen	Nicht-staatliche Einrichtungen
2000/01	965	607	358
2001/02	1008	621	387
2002/03	1039	655	384
2003/04	1046	654	392
2004/05	1071	662	409
2005/06	1068	655	413
2006/07	1090	660	430

Quelle: Goskomstat Rossii: Rossiiskij statističeskij eshegodnik, Moskau 2007.

Entwicklung der Zahl der Studenten an staatlichen und nichtstaatlichen Universitäten von 2000/2001 bis 2006/2007 (in Tsd.)



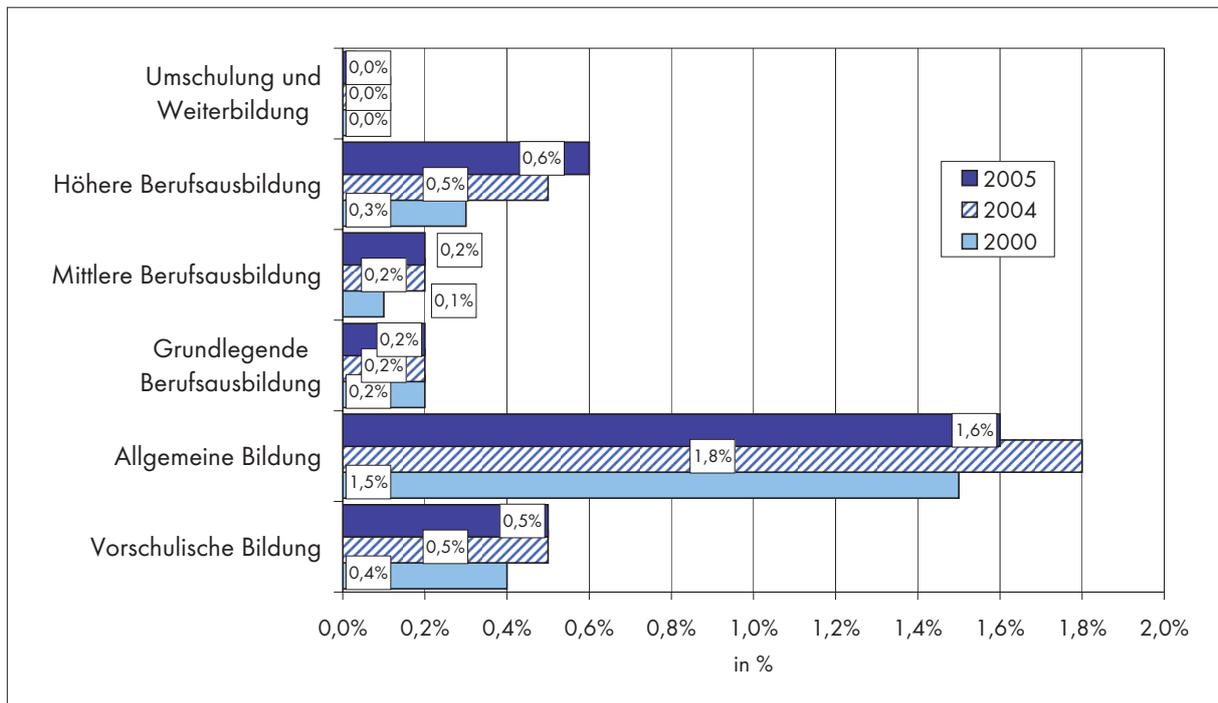
	Studenten insgesamt	Studenten an staatlichen und kommunalen Hochschulen	Studenten an nichtstaatlichen Hochschulen
2000/01	4741,4	4270,8	470,6
2001/02	5426,4	4797,4	629,5
2002/03	5947,5	5228,7	718,8
2003/04	6455,7	5596,2	859,5
2004/05	6884,2	5860,1	1024,1
2005/06	7064,6	5985,3	1079,3
2006/07	7309,8	6133,1	1176,8

Quelle: Goskomstat Rossii: Rossiiskij statističeskij eshegodnik, Moskau 2007.

Hochschulen und Studierende in der Russischen Föderation (Studienjahr 2006/2007)

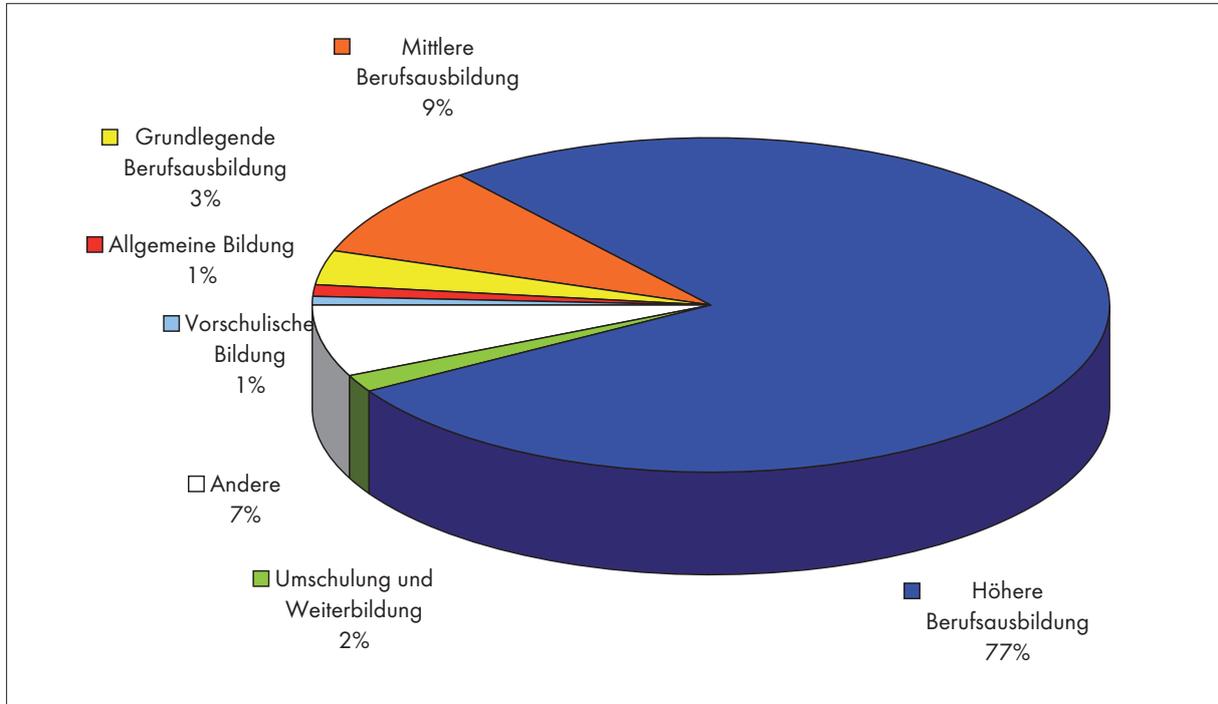
Hochschulen insgesamt	1.090
davon:	
Staatliche und kommunale	660
Nichtstaatliche	430
Studierende insgesamt	7.310.000
davon:	
an staatlichen und municipalen Hochschulen	6.133.000
an nichtstaatlichen Hochschulen	1.177.000
Studierende insgesamt pro 10.000 Einwohner	514
davon an staatlichen u. municipalen Einrichtungen	431

Quelle: <http://www.gks.ru> (zuletzt geöffnet am 20.02.2008) – Zusammenstellung C.T.

**Ausgaben für Bildung im konsolidierten Haushalt der RF
(in % des BIP, nach Bildungsstufen)**


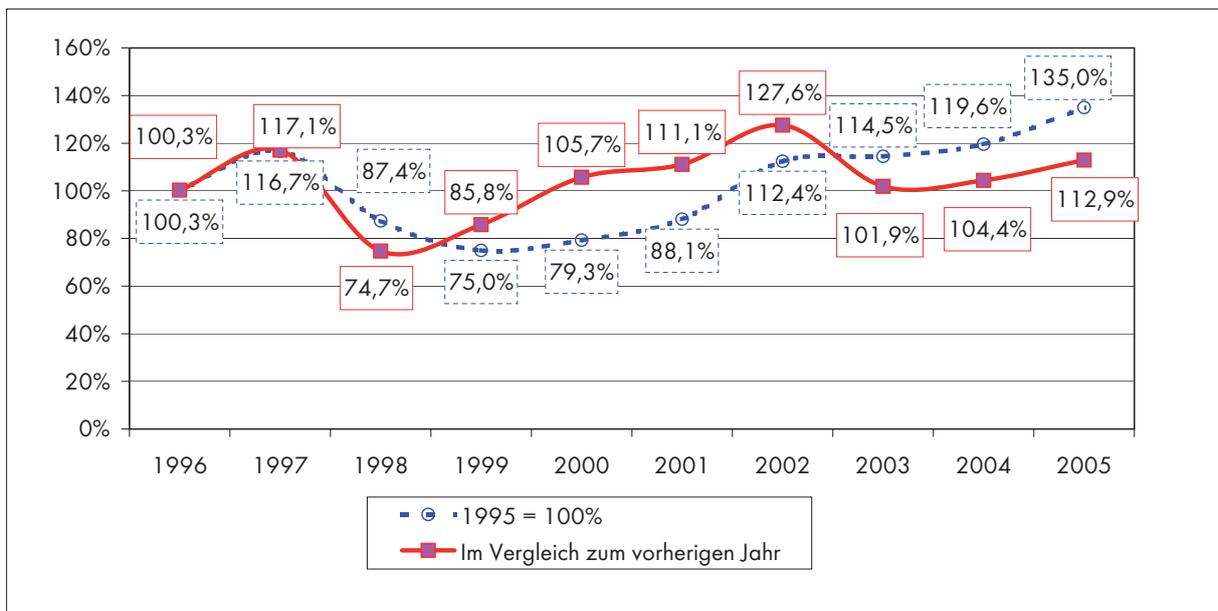
Quelle: http://education-monitoring.hse.ru/mon2_d004.html

Staatliche Finanzierung der Bildungseinrichtungen / Ausgaben für Bildung aus dem konsolidierten Haushalt der RF in % der Gesamtausgaben für Bildung nach Bildungsstufen für 2007



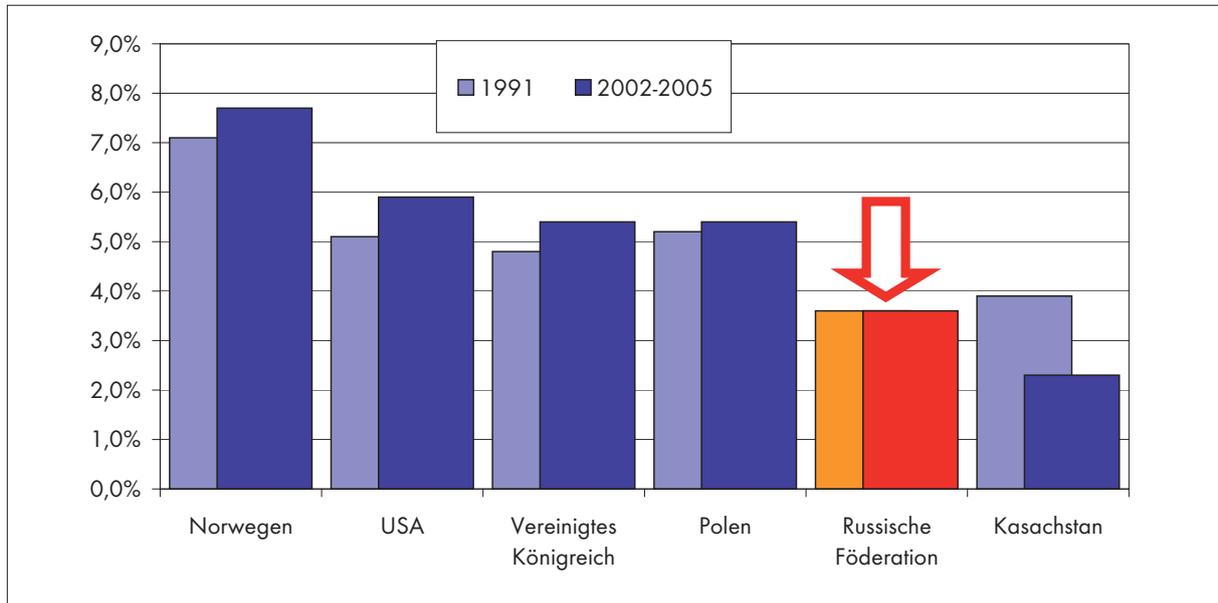
Quelle: Zentr. fiskalnoi politiki, <http://www.fpcenter.ru/themes/basic/print-version.asp?folder=1635&FoundId=19532>

Entwicklung der Ausgaben für Bildung im konsolidierten Haushalt der RF (in %)



Quelle: http://education-monitoring.hse.ru/mon2_d002.html

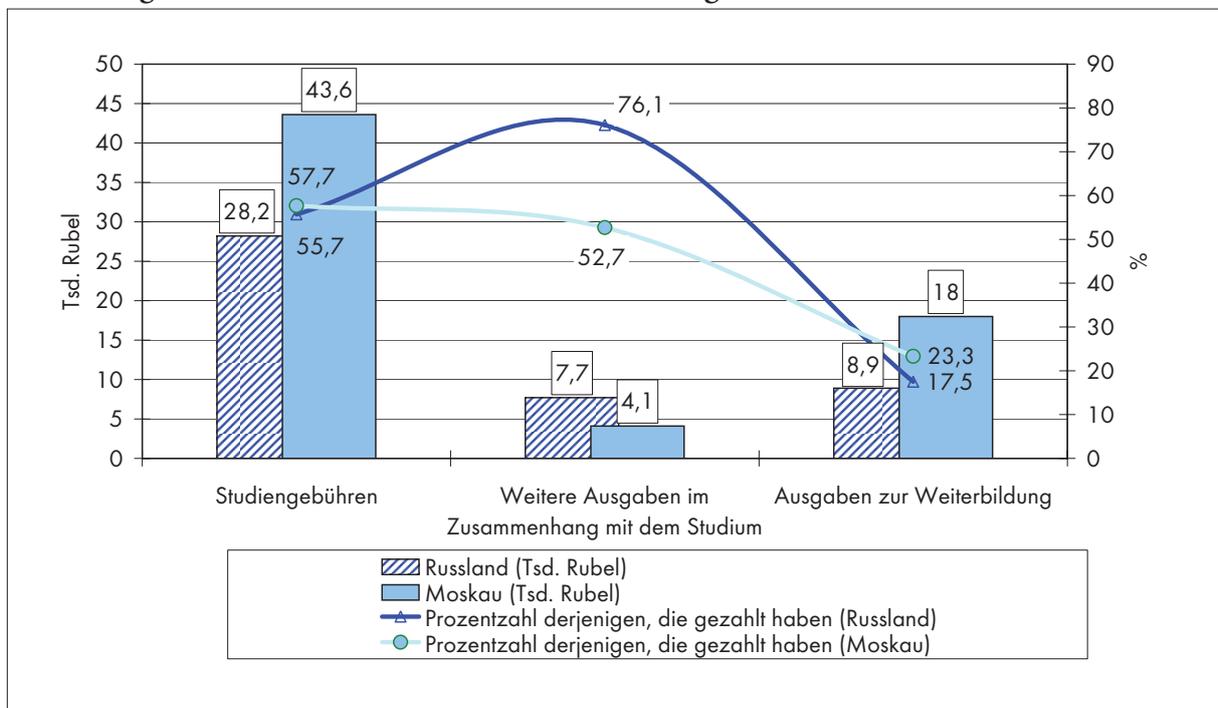
Staatliche Ausgaben für Bildung im internationalen Vergleich (% des BIP)



Anm.: Daten für 2002-05 beziehen sich auf das letzte Jahr im angegebenen Zeitraum, für das Daten vorhanden sind.

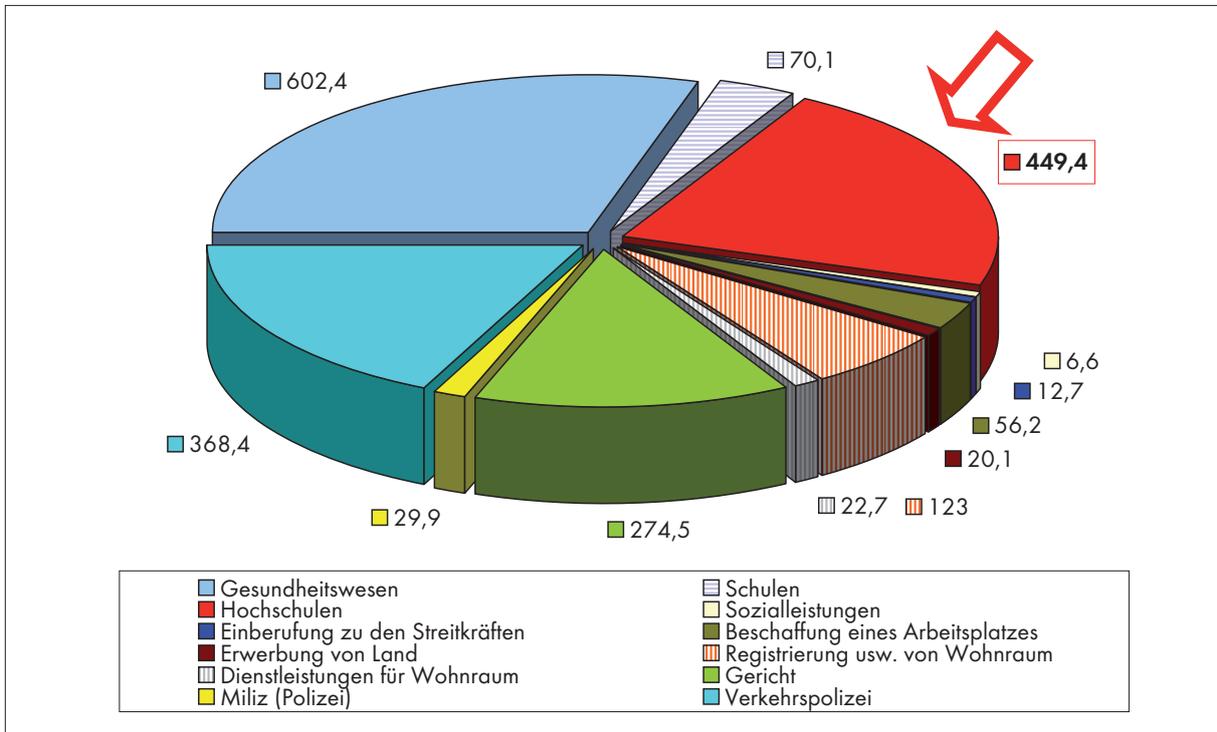
Quelle: Human Development Report 2007/2008, <http://hdrstats.undp.org/indicators/100.html>

Ausgaben der Bevölkerung für Dienstleistungen im Bildungswesen/ Ausgaben für die Ausbildung von Studierenden an Hochschuleinrichtungen in Russland und Moskau



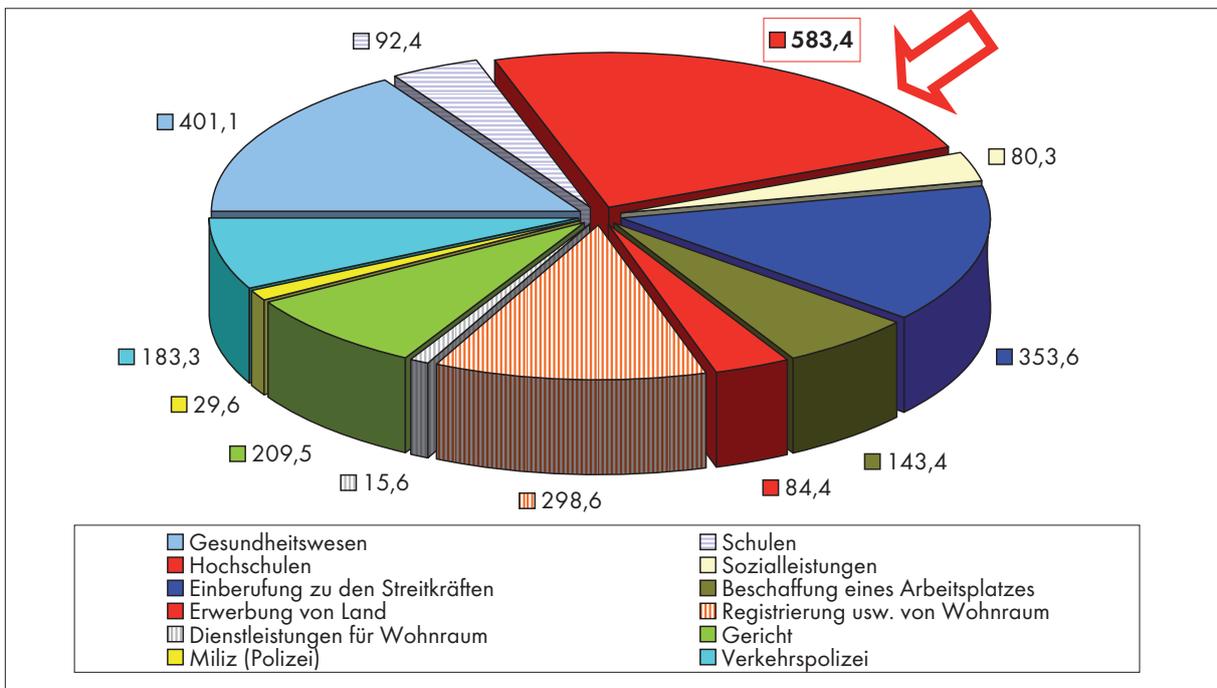
Quelle: http://education-monitoring.hse.ru/mon2_a007.html

Bestechungszahlungen der russischen Bevölkerung nach Sektoren 2001 (in Mio. US-Dollar)



Quelle: Extrapolation durch INDEM auf der Grundlage einer repräsentativen Umfrage,
http://www.anti-corr.ru/indem/2005diagnost/2005diag_present.ppt

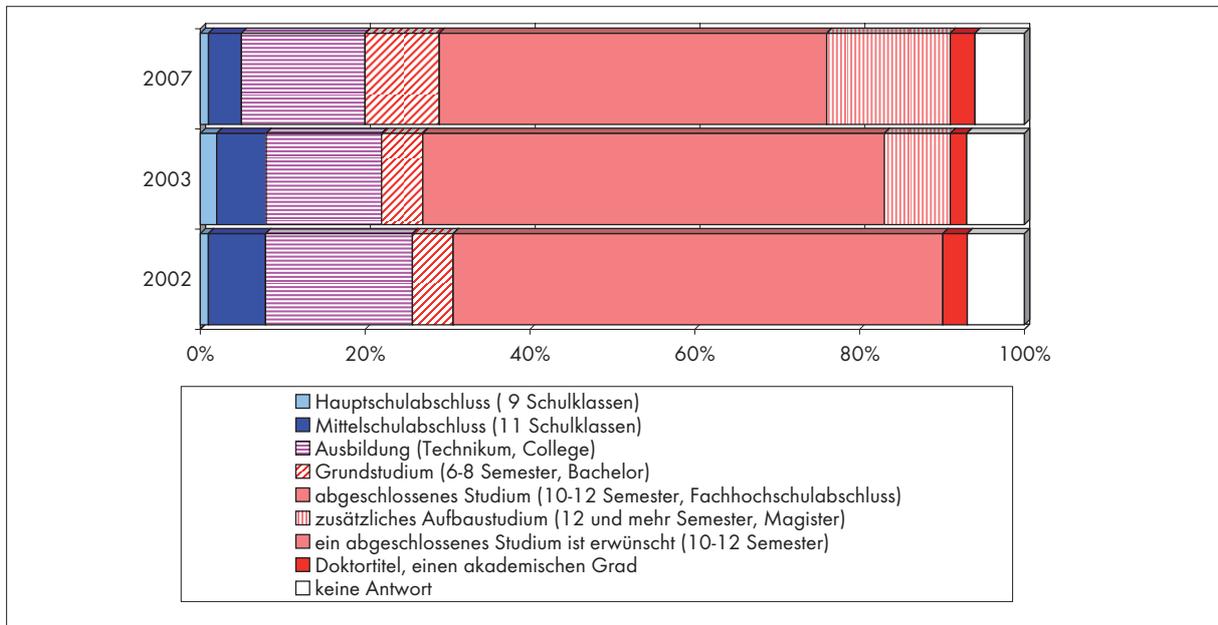
Bestechungszahlungen der russischen Bevölkerung nach Sektoren 2005 (in Mio. US-Dollar)



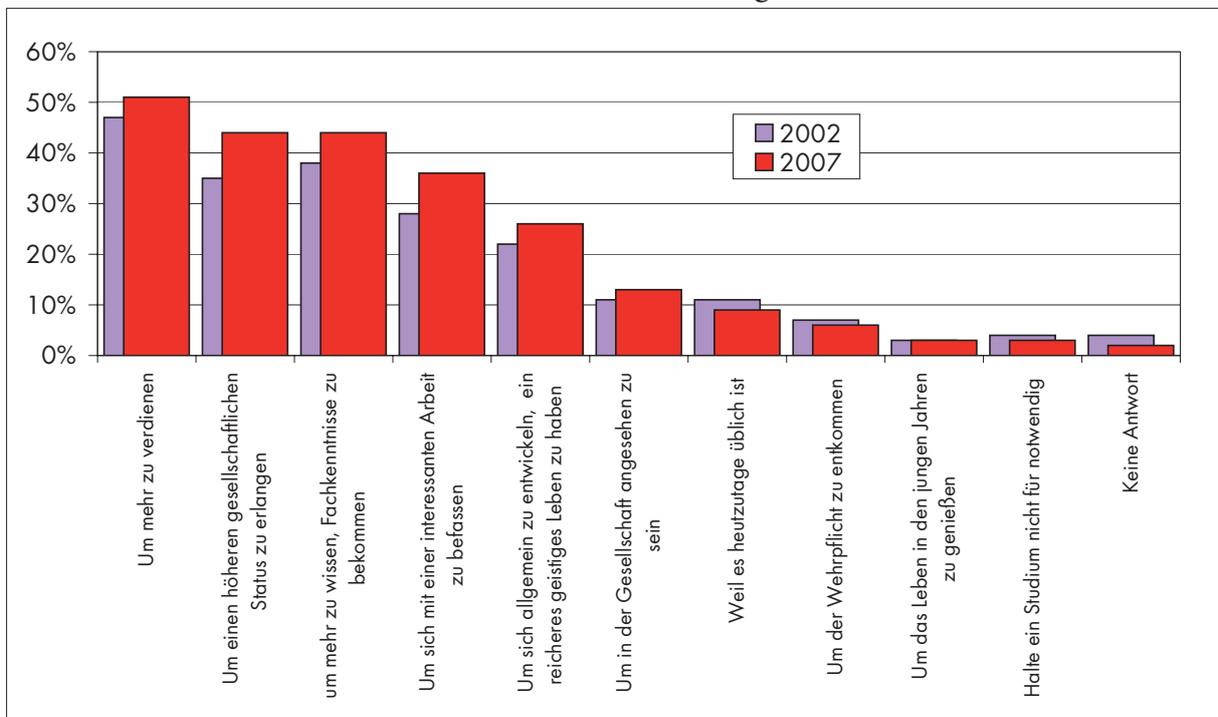
Quelle: Extrapolation durch INDEM auf der Grundlage einer repräsentativen Umfrage,
http://www.anti-corr.ru/indem/2005diagnost/2005diag_present.ppt

Umfrage
Hochschulausbildung und Hochschulzugang in Umfragen

Welches Bildungsniveau halten Sie für Ihre Kinder für ausreichend?

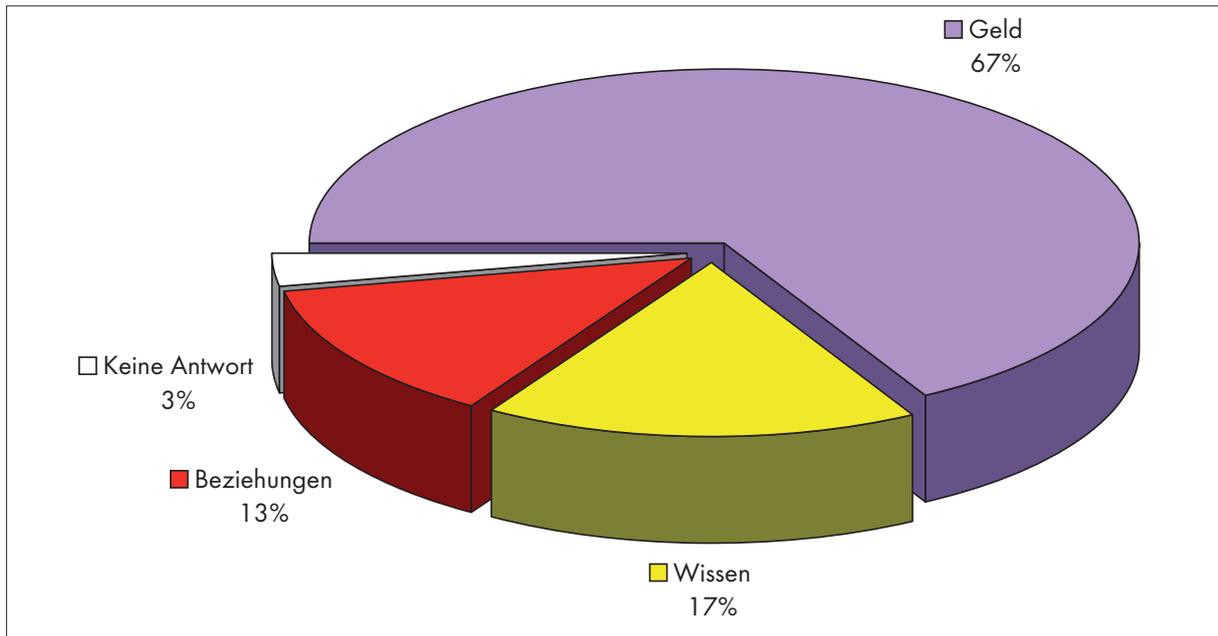


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18. Juni, 23.–26. Mai 2003 und 24.–27. Mai 2002 (je 1600 Befragte über 18 Jahre) <http://www.levada.ru./press/2007070201.html>

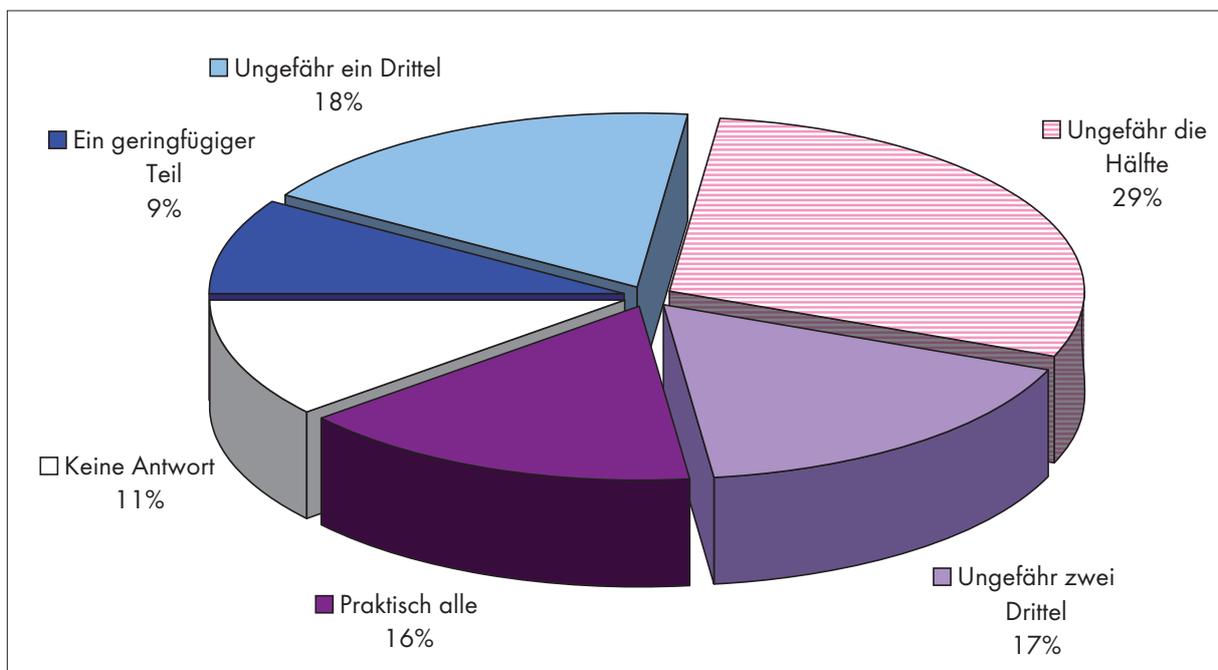
Warum entscheidet man sich für eine Hochschulausbildung?


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 24.–27. Mai 2002 und vom 15.–18. Juni 2007 <http://www.levada.ru./press/2007070201.html>, 10.7.2007

Was ist notwendig, um an einer Hochschule immatrikuliert zu werden?



Wie viele Studenten werden heutzutage durch Bestechung bzw. Protektionsbeziehungen immatrikuliert?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Juli 2007, <http://www.levada.ru/press/2007072305.html>, 23.7.2007

Dokumentation

Die Europäische Universität in St. Petersburg nimmt ihre Tätigkeit wieder auf

Presseerklärung der Europäischen Universität vom 21. März 2008

Am 21. März entschied das Dsershinski-Gericht des Zentral-Rajons »den Vollzug der administrativen Bestrafung in Form des administrativen Verbots der Aktivitäten« der Europäischen Universität in St. Petersburg »vorzeitig auszusetzen«. Die Sitzung des Gerichts dauerte ganze drei Minuten. Nachdem sich die Föderale Richterin Anshelika Morosowa davon überzeugt hatte, dass es zwischen den Parteien keine Differenzen gab, gab sie dem Antrag der EUSP statt.

Die Gerichtsentscheidung wurde umgehend an den Gerichtsvollzugsdienst weitergeleitet, deren Beamte am selben Tag die Versiegelungen der Hörsäle der Universität entfernten.

Der Wissenschafts- und Hochschulausschuss demonstrierte eine ebensolche Flexibilität und Hilfsbereitschaft. Der Ausschussvorsitzende A.D. Wiktorow erließ heute die Anordnung, die Lizenz wieder in Kraft zu setzen.

Daher werden Vorlesungen und Seminare der Europäischen Universität in St. Peterburg am Montag, dem 24. März wieder aufgenommen.

Quelle: http://www.eu.spb.ru/index.php?option=com_content&task=view&id=779&Itemid=0&lang=ru

Ein Brief des Rektors der EUSP

Liebe Freunde!

Im Namen der Europäischen Universität in St. Petersburg erlaube ich mir, Ihnen meinen tiefempfundenen Dank für Ihre wirksame und prompte Hilfe und Unterstützung auszusprechen. Die aktive Haltung der Berufskollegen, der Öffentlichkeit und die nachhaltige Aufmerksamkeit der Massenmedien spielten eine außerordentlich wichtige Rolle bei der Beilegung der Krise um die Europäische Universität. Ich bin überzeugt, dass das Schicksal der EUSP ohne öffentliche Unterstützung – ohne Ihre Unterstützung! – sehr wohl eine anderes hätte sein können.

Im Laufe der letzten zwei Monate haben wir ungefähr 60 Unterstützungsbriefe erhalten, die von mehr als 700 Personen in Russland und im Ausland unterschrieben worden waren.

In diesen Briefen kam eine schmeichelhafte Einschätzung der Arbeit der Europäischen Universität zum Ausdruck, die ich als Vertrauens Kredit ansehe.

Wir werden niemals vergessen, dass Sie uns in dieser schwierigen Zeit die Hand zur Hilfe ausgestreckt haben. Vielen Dank!

Hochachtungsvoll,

Nikolai Borisowitsch Wachtin

Rektor der EUSP

Quelle: http://www.eu.spb.ru/index.php?option=com_content&task=view&id=780&Itemid=0&lang=ru

Chronik der Ereignisse (nach der Website der Universität – gekürzt)

18.02.2008	Im Konferenzsaal wurde eine Vollversammlung der Mitarbeiter und Hörer der EUSP durchgeführt, auf der der Rektor über die Entscheidung des Dsershinski-Gerichtes [<i>die Schließung der Räumlichkeiten der Universität aus Brandschutzgründen</i>] und über die von der Administration geplanten Maßnahmen zur baldigen Beilegung der Krise informierte.
21.02.2008	Es wurde eine Erklärung des Kuratoriums der EUSP zur Situation der Universität veröffentlicht, in der es u. a. heißt: »Die Verwaltung der Universität, vertreten durch den Rektor, hat anerkannt, dass die erhobenen Forderungen gerechtfertigt sind und hat sofort die notwendigen Schritte unternommen, um sie zu erfüllen...« »Wir nehmen an, dass es sehr wichtig ist, eine positive Lösung zu finden, die es der Universität nicht nur erlauben würde, rechtzeitig alle Anforderungen zum Brandschutz zu erfüllen, sondern auch in kürzester Frist die unterbrochene Ausbildung fortzusetzen.«
22.02.2008	Die EUSP erhielt einen Brief von der Ständigen Kommission der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit der Unterschrift ihres Vorsitzenden K.E. Suchenko, in dem es heißt, dass in dieser Lage »alle möglichen Maßnahmen getroffen werden müssen, damit Rechte und gesetzliche Interessen« der Hörer der EUSP »eingehalten werden« und dass »die Entscheidung der Universität, für den oben erwähnten Zweck geeignete Lehrräume anzumieten, zweckmäßig erscheint«. Es wurde eine Vereinbarung zwischen der EUSP und einem befreundetem Institut unterzeichnet, gemäß der der EUSP bis zum 1. Juli 2008 die für den Unterricht notwendigen Räume zur Verfügung gestellt werden. Die Räume des befreundeten Instituts entsprechen allen Anforderungen der Staatlichen Brandschutzaufsicht und der Sanitär-Epidemiologischen Aufsicht.
04.03.2008	Zu Montag, dem 3. März, wurden in der EUSP alle Feuerhähne und Feuerlöschstrahlrohre gegen solche ausgetauscht, die gemäß den Richtlinien des Brandschutzes zertifiziert und markiert sind.
07.03.2008	Auf dem Platz in der Soljanyj-Gasse begannen die Hörer der EUSP die Masleniza-[Karnevals-]Woche mit der Aufführung von Sketchen. Die Premiere verlief ruhig, die Zuschauer begegneten der Aufführung, die sowohl in einem karnevalesken und possenreißerischen Geist, wie auch in einem von alters her bewährtem Format gehalten war, mit Verständnis.
17.03.2008	Es fand ein Telefongespräch statt zwischen dem Rektor der EUSP, N.B. Wachtin, und der Gouverneurin St. Petersburgs, W.I. Matwijenko. Die Gouverneurin teilte mit, dass ihren Informationen zufolge die Maßnahmen, die die EUSP getroffen hatte, um die Verletzungen der Brandschutzrichtlinien zu beseitigen, die Brandschutzaufsicht zufriedengestellt hätten. In den nächsten Tagen würde eine Sitzung des Gerichts stattfinden, bei der ein positiver Bescheid der Brandschutzaufsicht verkündet werden sollte. In diesem Falle würde das Gericht einen Beschluss treffen, der zum Vorteil der EUSP ausfallen würde. Der Gouverneurin zufolge würde dies bedeuten, dass die EUSP in den nächsten Tagen wieder den Unterrichtsbetrieb aufnehmen könne, allerdings sollten die Maßnahmen zur Beseitigung der Unzulänglichkeiten beim Brandschutz fortgesetzt werden.
21.03.2008	Um 10:30 Uhr beendete das Dsershinski-Rajongericht der Stadt St. Petersburg vorzeitig die administrative Strafe, die darin bestand, die Tätigkeit der Nichtstaatlichen Bildungseinrichtung und des Instituts für Weiterführende Berufliche Ausbildung »Europäische Universität in St. Petersburg« auszusetzen.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Quelle: http://www.eu.spb.ru/index.php?option=com_content&task=view&id=688&Itemid=0&lang=ru (gekürzt)

Kommentar

Vom Fortwirken der Geschichte

Jens Siegert, Moskau

Europas Geschichte

Es ist ein Gemeinplatz festzustellen, dass die Geschichte, allen Unkenrufen zum Trotz, nach dem Kollaps der Sowjetunion nicht zu Ende gegangen ist. Viele Veränderungen seither in Europa gründen in eben dieser Geschichte. Wegen ihrer schlechten historischen Erfahrungen mit Russland, aber auch mit Deutschland drängten Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und die baltischen Staaten so energisch erst in die NATO und dann in die EU. Dass sie den Anschluss an den westlichen Teil Europas wieder gefunden haben, wird zu Recht als Wiedervereinigung Europas, als Überwindung einer widernatürlichen politischen, sozialen und kulturellen Teilung gefeiert. Doch stellte sich dabei sofort die Frage nach den neuen Grenzen Europas, die, je weiter man nach Westen kommt, umso schneller und unbefachter mit der Frage nach den Grenzen der EU gleichgesetzt wird. Warum sollte am Bug, am Dnjepr oder an der Beresina Schluss sein? Auch die Menschen dahinter leben in Europa, in einem ganz »alten Europa«, wie der Lemberger Literaturwissenschaftler Jurko Prohasko jüngst in einem Kurzesay in der Frankfurter Rundschau schrieb. Die Ukraine, Moldau, Belarus und, ja, auch Russland seien »Alteuropa im doppelten Sinne: als Teil Alteuropas von einst und als Teil des unmodernisierten Europas, das in der EU, von der EU, durch die EU jetzt – ohne böse Absicht – enteuropäisiert und marginalisiert wird.« Und damit bin ich beim Thema.

Prohaskos Ruf gilt der Aufnahme der Ukraine, und wenn sie wollen auch der anderen von ihm genannten Länder in die EU. So weit ruft *Memorial* gar nicht. *Memorial* wendet sich in erster Linie gegen eine neue Trennlinie, eine neue Grenzziehung in Europa, weiter östlicher diesmal, an der viele bauen, manche aus guten, andere aus schlechteren Gründen. Der neue Grenzverlauf beginnt sich gerade abzuzeichnen – sein genauer Verlauf ist noch nicht ganz klar, darum wird noch gerungen. Allerdings scheinen sich die meisten Menschen und Politiker schon damit arrangiert zu haben, dass Russland draußen bleibt. Wieder einmal, so sieht es aus, setzen sich in Russland und westlich von Russland diejenigen durch, die dem Mythos anhängen, Russland und die Russen seien anders »anders« als Portugiesen, Griechen oder Esten.

Perzeptionen der Wende 1989–1991

Es gibt viele verschiedene Interpretationen der Phase, als der Kalte Krieg zu Ende ging und die Sowjetunion

zerbrach. Trotz aller Unterschiede würden die meisten Bewohner der EU aber wohl der Aussage zustimmen, das sei ein Sieg der Freiheit gewesen; ein Sieg der Freiheit für die Völker die Jahrzehnte oder noch viel länger Teil des russischen Imperiums sein mussten und Freiheit für all die Menschen, die in den Diktaturen Mittel- und Osteuropas gelebt und gelitten haben. In Russland wird diese Meinung heute nur von einer eher kleinen Minderheit geteilt. Es wäre aber ein Fehlschluss, das darauf zurück zu führen, dass die Russen schlechte Europäer seien oder sich nicht als Europäer fühlten. Es ist nur schlicht ein Unterschied, ob man sich aus kolonialer Abhängigkeit befreit oder befreit wird oder ob man aufhört, ein Imperium zu sein und die Kolonien freigibt. Denn das ist es, was Russland unter Jelzin getan hat – selbst wenn viele Russen das heute bedauern.

Dieses Bedauern ist die Spätfolge der enormen nazistischen Kränkung, die die Bewohner der Supermacht Sowjetunion erfahren haben, als sie sich in den 1990er Jahren als Bürger eines schwachen Landes wieder fanden, dessen Regierung Befehle vom Internationalen Währungsfond entgegen nehmen musste. Die Menschen in der Ukraine, in Polen oder in den baltischen Staaten haben neben großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen und politischen Erschütterungen nicht nur das Versprechen einer demokratischen und freien Zukunft in einem vereinten Europa gehört, sondern haben schon in den 1990er Jahren wirkliche Schritte in diese Richtung erlebt. Die Tragik Russlands ist es, dass seine Bewohner die gewonnene Freiheit mit großer Armut, großer Ungleichheit, Krieg im eigenen Land und einer handlungsunfähigen Regierung bezahlen mussten. Deshalb wird Freiheit heute dort weithin mit »Chaos« assoziiert. Das ist es, was die Menschen in Russland hören, wenn Putin den Untergang der Sowjetunion die »größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts« nennt.

Nun zur Geschichte. Die gleiche Geschichte, die selben Ereignisse bedeuten nicht unbedingt das Gleiche für die davon betroffenen Menschen. Hat die Sowjetunion Estland, Litauen und Lettland von der deutschen Besatzung befreit? Ja natürlich. Hat die Rote Armee mit ihren NKWD-Kommissaren gleichzeitig ein grausames Okkupationsregime errichtet? Ebenfalls richtig. Vielen Esten, Letten und Litauern fällt es aber unendlich schwer, das erste anzuerkennen. Die meisten Russen leugnen das zweite. Oder ein anderes Bei-

spiel: War die große Hungersnot im Süden der Sowjetunion 1932/33, der »holodomor«, wie die Ukrainer sagen, ein Völkermord, ein bewusster Versuch Stalins die Ukraine als Staat und die Ukrainer als Volk endgültig zu vernichten? Die Antwort lautet wieder ja und nein, je nach Standpunkt. Die meisten seriösen westlichen Historiker kommen heute zum Schluss, dass die Hungersnot in erster Linie eine Folge der brutal durchgesetzten Industrialisierung und der gewaltsamen erzwungenen Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion war. Der Hunger traf die Ukraine, die »Kornkammer« Europas, stärker als andere Teile des Landes. Aber viele Menschen im Süden Russlands oder in der kasachischen Steppe verhungerten ebenfalls. Allerdings gehen die Historiker auch davon aus, dass es für Stalin zumindest ein erwünschter, wenn nicht bewusst angestrebter »Nebeneffekt« war, dass die meisten Toten Ukrainer waren.

Nationale Narrative

Die Auseinandersetzungen um den sogenannten »Bronzenen Soldaten« in der estnischen Hauptstadt Tallinn im Frühjahr 2007 und die, vorsichtig ausgedrückt unangemessene, deutlicher gesprochen hysterische Reaktionen in Russland darauf (und sie waren nur zum Teil von den Polittechnologien des Kreml gesteuert) sagen uns eine Menge über die Stärke der Kräfte hinter nationalen Narrativen. Es geht hier nicht darum, zu entscheiden, wer in diesem Streit nun Recht hat und wer nicht. Meist ist das auch gar nicht möglich und oft nicht nötig. Beunruhigend ist, dass vor allem in Mittel- und Osteuropa die Narrative dessen, was im 20. Jahrhundert in Europa passiert ist, als Mittel eingesetzt werden, Trennlinien zu schaffen, um Identitäts- und Machtprobleme zu lösen.

Nationale Narrative oder, wie es *Memorial* in seinem Aufruf nennt »nationale Geschichtsbilder« prallen in den vergangenen Jahren im Osten des Kontinents immer öfter, immer heftiger und immer unversöhnlicher aufeinander. Das geschah und geschieht zwar auch im Westen, aber es gibt drei wichtige Unterschiede. Erstens erkennen dort die streitenden Parteien inzwischen meist an, dass diese Unterschiede, wenn schon nicht überwunden, so doch zumindest auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer und liberaler Werte ausgehalten werden müssen, sie also, solange sie nicht offen nationalistisch sind, eine moralische und ethische Existenzberechtigung haben. In der EU wurden dazu eine ganze Reihe von Foren und Instrumente entwickelt, mit deren Hilfe solche Konflikte meist erfolgreich zivilisiert werden können. Zum zweiten war Russland über Jahrhunderte Kolonialmacht und Imperium. Alle neuen EU-Mitgliedsländer im Osten und auch die GUS-Republiken lebten lange Zeit unter seiner oft har-

ten Herrschaft. Sie versuchen nun selbstverständlich ihre erst jüngst gewonnene Unabhängigkeit zu sichern – und tun dies nach innen und nach außen verständlicherweise in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich gegen Russland. Viele dieser Länder haben diesen Schutz bereits in der NATO und in der EU gefunden. Andere, wie Georgien oder die Ukraine, hoffen darauf. Der dritte Unterschied ist die natürliche Unsicherheit aller Länder der Region über die noch junge Identität und die Stabilität der noch neuen oder erneuerten Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit. Das gilt auch für Russland. Diese Unsicherheit verleitet zu unnötiger Aggressivität.

Memorial und die »Russifizierung« der Geschichte

Viele Russen, und das betrifft durchaus nicht nur die kremlnahen politischen und wirtschaftlichen Eliten, empfinden angesichts der hier beschriebenen Entwicklungen ein tiefes Gefühl der Ausgrenzung, genauer gesagt einer zweifachen Ausgrenzung:

Die meisten der Länder, die unter sowjetischer Herrschaft gelebt haben, entziehen sich, so sieht es jedenfalls aus russischer Sicht oft aus, durch ihren Westdrang der gemeinsamen Verantwortung für die sowjetische Geschichte, indem diese »russifiziert« wird. So ist es ihnen möglich, sich vorwiegend als Opfer russischer Unterdrückung darzustellen. Die neu entstehenden nationalen historischen Narrative erzählen Geschichte zudem überwiegend als kollektive Geschichte. Für Russland und, wohl noch wichtiger, für die Russen (darunter auch die außerhalb Russlands in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken lebenden) bleibt darin oft nur die Täterrolle übrig. In den alten EU-Ländern ist verständlicherweise die Neigung zur Solidarität mit den Neumitgliedern und damit zur Übernahme ihrer Narrative groß.

Innerhalb der EU gibt es seine starke Tendenz, sich selbst mit Europa gleichzusetzen. Diese Versuchung ist besonders stark, wenn es um Werte geht. Die EU-Erweiterungskriterien sagen klar und offen, dass nur demokratische, liberale und freie Gesellschaften Mitglied der Union werden dürfen. Das wird vor dem Beitritt streng geprüft. Doch nicht alle Mitgliedsstaaten und schon lange nicht alle Beitrittskandidaten haben diese Reife. Nichtsdestotrotz sind einige Länder zweifelhafter demokratischer Reputation bereits EU-Mitglied oder haben gute Chancen, es über kurz oder lang zu werden. Die Menschen in Russland schließen also richtigerweise, dass es noch andere Gründe geben muss. Für Russland wird gleichzeitig eine Mitgliedschaft in der EU ausgeschlossen. Dafür lassen sich viele gute und kluge Argumente finden und Russland hat wohl selbst am meisten dazu beigetragen, dass das kein Thema

mehr ist. Doch über den verbreiteten, damit einhergehenden und nach einer kurzen pause in der 1990er Jahren erneuerten Mythos, Demokratie sei für Russland einfach nichts, wird das Land zum Gefangenen seiner autoritären und undemokratischen Vergangenheit gemacht – ohne Ausweg.

Der Aufruf von *Memorial* zeugt aber noch von einem dritten, diesmal innerrussischen Ausschluss. Kritiker der offiziellen großrussischen Geschichtspolitik finden im Land selbst immer weniger Gehör. Das vorgeschlagene Forum kann auch ein Weg sein, einem vernünftigen und weniger ideologischen Umgang mit der jüngeren Geschichte in Russland selbst ein bisschen mehr

Spielraum zu verschaffen. Denn frontal kann diese Initiative kaum angegriffen werden. Modest Kolerow, bis vor kurzem im Kreml für die »interkulturellen Verbindungen mit dem Ausland« zuständig, bescheinigte der *Memorial*-Initiative, »moralisch makellos« zu sein, aber mit ihr einen »Idealismus zu zeigen, der an Inkompetenz« grenze. Warum wohl? In den Nachbarländern, so Kolerow, würde die Geschichtspolitik in den Geheimdienstzentralen konzipiert und so die Geschichtsdebatten unifiziert, während in Russland ein »vielfältiger und vielstimmiger« Geschichtsdiskurs herrsche. *Memorial* ist der lebende Beweis dafür.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Landesbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau.

Dokumentation

Nationale Geschichtsbilder.

Das 20. Jahrhundert und der »Krieg der Erinnerungen«

Ein Aufruf der Internationalen Gesellschaft MEMORIAL

Das 20. Jahrhundert hat in der Erinnerung praktisch aller Völker Ost- und Mitteleuropas tiefe und kaum verheilende Wunden hinterlassen – durch Revolutionen, Umstürze, zwei Weltkriege, die nationalsozialistische Unterwerfung Europas und die dem menschlichen Geist unfassbare Katastrophe des Holocaust. Hinzu kommen eine Vielzahl lokaler Kriege und Konflikte mit deutlich nationaler Einfärbung, im Baltikum, in Polen, in der Westukraine, auf dem Balkan. Und es gab einen Reigen unterschiedlich ausgerichteter Diktaturen, die alle der Bevölkerung ohne Umschweife die bürgerlichen und politischen Freiheiten nahmen und ein unifiziertes, für jedermann verbindliches Wertesystem aufzwingen. In wechselnder Abfolge haben die Völker eine überwiegend ethnisch begründete und verstandene nationale Unabhängigkeit gewonnen, verloren und dann wiedererlangt – und stets fühlte sich dabei die eine oder andere Gemeinschaft beleidigt und erniedrigt.

Dies ist unsere gemeinsame Geschichte – doch jedes Volk empfindet sie und erinnert sich an sie auf seine Art. Nationale Erinnerung verarbeitet die gemeinsame Erfahrung auf jeweils eigene Weise, verleiht ihr einen eigenen Sinn. So hat jedes Volk sein eigenes 20. Jahrhundert.

* * *

Ein »kollektives Geschichtsbild« ist natürlich eine konventionale und abstrakte Kategorie. Doch manifestiert sich diese Abstraktion in durchaus konkreter Weise – in der öffentlichen politischen und moralischen Bewertung historischer Ereignisse, im Kulturleben, in Bildungsinhalten, in staatlicher Politik, in den interethnischen und internationalen Beziehungen.

Die Trauer über vergangene, wechselseitige Verletzungen kann die Beziehungen zwischen Völkern auf lange Zeit vergiften – wenn sich nicht Führungspersonlichkeiten wie etwa Vaclav Havel finden, der als Präsident der Tschechoslowakei – entgegen der seinerzeit vorherrschenden Haltung der meisten seiner Landsleute! – den Mut hatte, sich öffentlich bei den sudetendeutschen Vertriebenen und ihren Nachkommen zu entschuldigen. Symbolhafte Gesten dieser Art reichen wohl dennoch nicht aus, um allein schon einen Schlusspunkt unter die gegenseitigen Ansprüche der Völker zu setzen, doch können sie in bedeutendem Maße die bestehende Schärfe und Hitzigkeit abbauen. Bedauerlicherweise werden moralische Autoritäten vom Rang eines Havel nur selten Staatschef.

Wir sind uns bewusst, dass es keine letztendliche Instanz geben kann, der ein unabhängiges und unvoreingenommenes Urteil über die Geschichte zukommt. In nahezu jedem der vielfältigen Geschichtsbilder, die durch nationale Erinnerung entstanden sind, ist sowohl ein Bestreben erkennbar, das eigene Volk und jenen Ausschnitt der geschichtlichen Wahrheit zu rechtfertigen, der vordringlich diesem Volk eingängig, für dessen Nachbarn aber weniger ersichtlich ist.

Unterschiede in den historischen Deutungen sind eine Realität, die zu vertuschen sinnlos und schädlich wäre. Diese Realität muss daher nicht nur berücksichtigt werden, sondern es muss auch das Bemühen geben sie zu verstehen.

Heutzutage entsteht Geschichtsstreit weniger um Fakten als um die unterschiedliche Interpretation dieser Fakten. Eine gewissenhafte Aufarbeitung der jeweiligen Ereignisse, Erscheinungen oder Prozesse verlangt vor allem ihre Betrachtung und Einordnung in den konkreten historischen Kontext. Häufig jedoch führt bereits die Festlegung des Kontextes zu Einschätzungen, die nur schwer miteinander vereinbar sind.

So erscheint angesichts der gewaltsamen Abtrennung von Vilnius und dem Wilna-Gebiet im Jahre 1920 sowie dessen späterer Annexion durch Polen die Rückführung dieser Gebiete in den litauischen Staat im Herbst 1939 als ein Akt, der der Gerechtigkeit genüge tat. Das selbe Ereignis stellt sich jedoch mit Blick auf den Molotow-Ribbentrop-Pakt mit seinen Geheimprotokollen, auf den Tod des polnischen Staates durch den Doppelschlag aus West und Ost sowie andere Realia der ersten Kriegswochen gänzlich anders dar. Eine ähnliche Vielfalt der Bewertungen ist in einer Reihe anderer Grenzverschiebungen, »Abtretungen« und »Wiedervereinigungen« jener Jahre angelegt.

Welche Bedeutung hat etwa der 17. September 1939 für das polnische Volk? Die einer nationalen Tragödie – es ist der Tag, an dem das Land, das sich gerade mit letzter Kraft der Hitlerschen Aggression entgegenstemmte, sich einem unvermittelten, durch nichts provozierten Einmarsch aus dem Osten ausgesetzt sah. Dies ist eine historische Tatsache, und kein Verweis, weder auf eine Ungerechtigkeit der Vorkriegsgrenzen noch eine Notwendigkeit, die westlichen Verteidigungslinien der Sowjetunion abzusichern, kann die Stalinsche Führung der Verantwortung entheben, an der Hitlerschen Aggression gegen Polen mit beteiligt gewesen zu sein.

Für einen bedeutenden Teil des ukrainischen Volkes jedoch hat dieses Datum eine eigene, zusätzliche Bedeutung – es ist der Tag, an dem die ukrainischen Gebiete zu einem geschlossenen Ganzen vereinigt wurden, wenn auch im Rahmen der UdSSR.

Haben die Ukrainer also ein Anrecht auf ein besonderes Verhältnis zu diesen Ereignissen, eines, das sich von dem der Polen unterscheidet? Ja, das haben sie. Doch haben sowohl Polen wie auch Ukrainer das Recht, dass die Unterschiede zwischen ihren jeweiligen Erinnerungen verstanden und respektiert werden.

Wie sind die Ereignisse von 1944 aufzufassen, als die Sowjetische Armee die Deutschen aus Litauen, Estland und dem größten Teil Lettlands vertrieb? Als eine Befreiung des Baltikums von den Nazis? Als eine wichtige Etappe zum endgültigen Sieg über den Nationalsozialismus? Zweifellos, und als eben dies wurden diese Ereignisse auch in der Welt wahrgenommen. In Russland ist diese Wahrnehmung besonders ausgeprägt und ist dort Teil des nationalen Selbstverständnisses geworden.

Für Esten, Letten und Litauer jedoch bedeuteten die militärischen Siege der Sowjetischen Armee darüber hinaus die Rückkehr ihrer Länder in die UdSSR, in einen Staat, der ihnen 1940 die nationale Unabhängigkeit genommen hatte. Es bedeutete die Rückkehr eines Regimes, das bereits in den 11 Monaten von Juli 1940 bis Juni 1941 durch eine Vielzahl von politisch motivierten Verhaftungen und Gerichtsurteilen, durch die Deportation Zehntausender Menschen nach Sibirien und Kasachstan und die außergerichtliche Hinrichtung von Gefangenen in den ersten Kriegstagen seine Visitenkarte abgegeben hatte. In der unmittelbaren Zukunft, die im Herbst 1944 endgültig entschieden wurde, warteten auf sie Zwangskollektivierung, neuerliche Verhaftungen und wiederum Massendeportationen.

Haben die Bürger Russlands und der anderen Länder, die Bestandteil der UdSSR waren, das Recht, auf die militärischen Erfolge der Sowjetischen Armee von 1944 stolz zu sein? Ohne jeden Zweifel: Dieses Recht wurde mit dem Blut Hunderttausender gefallener Soldaten bezahlt. Doch sollten sie – ohne den berechtigten Stolz im geringsten aufzugeben – wissen und verstehen, was diese Erfolge den Völkern des Baltikums über die Befreiung vom Nationalsozialismus hinaus gebracht haben. Diese wiederum sollten sich ihrerseits eingedenk der eigenen tragischen Geschichte daran erinnern und verstehen, was das Gedenken an den großen Kampf der Völker gegen den Nationalsozialismus für Russland, ja die ganze Welt bedeutet.

In Georgien und der Ukraine sind jüngst »Museen der sowjetischen Besatzung« eröffnet worden. Die meisten Bürger der Russischen Föderation reagierten darauf mit Befremden und Entrüstung. In Russland wissen nur Fachleute und Historiker um die Existenz der unabhängigen Georgischen Demokratischen Republik in den Jahren 1918 – 1921 und die Versuche von 1918–1920, die unabhängige Ukrainische Volksrepublik zu schaffen, wie auch um die Rolle, die die Rote Armee bei deren Auflösung gespielt hat. In den betroffenen Ländern ist die Erinnerung an eine staatliche Unabhängigkeit im 20. Jahrhundert, und mag sie historisch auch kurzlebig gewesen sein, nie vollständig verschwunden. Es ist also nur natürlich, dass dort jetzt der Versuch einer Neubewertung der Ereignisse von 1920 und 1921 unternommen wird.

Man muss nicht mit allen Schlussfolgerungen einverstanden sein, die dabei gezogen werden. Man kann mit jenen Historikern und Juristen debattieren, die die jetzige ukrainische und georgische Staatlichkeit auf die Ereignisse von 1918 zurückführen. Man kann jenen entschieden widersprechen, die geneigt sind, die gesamte Geschichte dieser Länder vom Ende des Bürgerkrieges bis 1991 als eine Zeit der »Okkupation« zu betrachten. Die Gesellschaft in Russland jedoch, einem Land, dem viele für gewöhnlich die Schuld an allem zuschreiben, was das kommunistische Regime verbrochen hat, muss über die Geschichtsdiskurse in den Nachbarländern im Bilde sein; sie muss mit Verständnis Position beziehen und darf über diese Diskussionen nicht hinweggehen, indem sie sich auf die Rubrik »Vermischtes« und Karikaturen beschränkt.

Zu wünschen wäre aber auch, dass die georgische und die ukrainische Öffentlichkeit versteht: Das Ausbleiben einer automatischen Zustimmung in Russland zu den scharfzüngigen Attributen, wie sie mitunter in Georgien und der Ukraine verwendet werden, muss nicht unbedingt »Großmacht-Chauvinismus« oder »überkommene Denkmuster eines imperialen Bewusstseins« bedeuten.

Das Gleiche gilt für die Bewertung des bewaffneten Partisanenwiderstands gegen das kommunistische Regime, den es in den Nachkriegsjahren in der Westukraine, in Litauen, Lettland, Estland und Polen gegeben hat. Die Erinnerung an Aufstandsbewegungen ist in der Regel komplex und voll Dramatik. Sie führt unweigerlich zu einer Vielzahl unterschiedlichster Bewertungen, bis in die Extreme – die einen neigen dazu, »Freiheitskämpfer« ohne wenn und aber zu heroisieren und andere tun sich fürchterlich schwer, sich von gewohnten Vorstellungen über »Banditen« zu verabschieden. Für beide Ansichten können dabei mühelos Begründungen gefunden werden. Die Streitenden sind nicht in der Lage, den jeweils anderen zu überzeugen, selbst dann nicht, wenn der Streit in ein und dem selben Land geführt wird. Wenn dann aber solch erbittertem Streit noch nationale und staatliche Ambitionen beigemischt werden, lassen sich umso weniger ausgewogene, gegenseitig annehmbare Einschätzungen erhoffen. Der Wechsel von Zwist und wechselseitigen Beleidigungen hin zu einem zivilisierten Meinungs austausch ist möglich – und er ist notwendig.

Die Liste der Beispiele, wo die Erinnerung eines Volkes im Widerspruch zu der eines anderen steht, ist lang. An diesen Widersprüchen ist absolut nichts schlimmes, ganz im Gegenteil. Wenn ihnen mit dem nötigen Verständnis begegnet wird, können sie das Geschichtsbewusstsein eines jeden Volkes bereichern und unsere Vorstellungen über die Geschichte erweitern.

* * *

Nicht weniger schmerzlich sind diese Divergenzen in der Bewertung und im Verständnis jenes Bereiches der Geschichte, mit dem sich die Gesellschaft MEMORIAL auseinandersetzt, der Geschichte des sowjetischen Staatsterrors. Tragödien der Vergangenheit, die entweder gar nicht oder nur dem Schein nach und oberflächlich wahrgenommen und aufgearbeitet wurden, bieten eine Grundlage für neue politische und Geschichtsmysmen. Sie wirken auf die nationalen Mentalitäten, entstellen diese und führen zu Konfrontation zwischen Ländern und Völkern.

In nahezu allen Ländern des ehemaligen »sozialistischen Lagers« gedeihen heute jene Formen der historischen und politischen Reflexion, die es ermöglichen, die »eigenen« Leiden ausschließlich als Ergebnis »fremden« bösen Willens darzustellen. Diktatur und Terror werden vor allem als gegen die Nation gerichtet gesehen, und jene, die ihn ausübten, als »Fremde« oder Marionetten fremder Mächte. Die Tatsache, dass sich die kommunistischen Regimes in diesen Ländern über viele Jahre hinweg nicht nur auf sowjetische Bajonette stützten, sondern auch auf bestimmte interne Ressourcen, verschwindet allmählich aus der nationalen Erinnerung.

Gleichzeitig werden die historischen und rechtlichen Bewertungen des Geschehenen maximal zugespitzt. So ist im politischen Wortschatz einer Reihe postkommunistischer Länder verstärkt der Begriff »Genozid« im Umlauf. Wir sind uns bewusst, dass auch extreme Einordnungen dieser Art nicht selten einen Teil historischer Wahrheit in sich tragen. Doch gehen wir davon aus, dass Teilwahrheiten stets gefährlich sind, insbesondere für jene, die sie als allumfassende geschichtliche Wahrheit aufzufassen bereit sind.

Die Kultivierung eines »Opferbildes« des eigenen Volkes oder die Erhebung des Verlustes an Menschenleben in den Rang eines nationalen Erbes sind organisch mit einer Entfremdung von Verantwortung verbunden, mit der Festschreibung eines »Henkerbildes« in Gestalt des Nachbarn. Es ist die natürliche Folge eines reflexhaften Bedürfnisses der Menschen, die kaum zu stemmende Last der aus der Geschichte erwachsenden staatsbürgerlichen Verantwortung abzulegen. Sich jedweder Verantwortung zu entziehen und sie dem Nachbarn aufzuerlegen ist aber nicht die beste Voraussetzung, weder für Völkerverständigung noch für die eigene nationale Wiedergeburt.

Die Geschichte der zusammengebrochenen Sowjetunion ist für Russland untrennbar mit der eigenen Geschichte verbunden – so sieht es das Selbstverständnis der meisten Russen. Hierdurch, und zum Teil durch die Rechtsnachfolge der UdSSR, ist Russland für eine Reihe seiner Nachbarvölker zu einem bequemen Objekt geworden, dem sich

leicht die historische Verantwortung zuschreiben lässt – das heutige Russland wird dann recht eindeutig mit der Stalinschen UdSSR gleichgesetzt und als Quelle all der eigenen nationalen Tragödien hingestellt.

Russland wiederum hat seinen eigenen Weg zur Milderung jener Bürde beschritten, die die Geschichte Völkern auferlegt hat, die den Totalitarismus durchlebt haben. An Stelle gewissenhafter Versuche, die Geschichte des 20. Jahrhunderts in all ihrer Tragik und Tragweite aufzuarbeiten, an Stelle einer ernsthaften, nationsweiten Diskussion der sowjetischen Vergangenheit erleben wir hier die Wiederauferstehung eines nur leicht veränderten sowjetischen, patriotisch begründeten Großmachtmythos, eines Mythos, der die Geschichte unseres Landes als eine Abfolge ruhmreicher heroischer Leistungen sieht. In diesem Mythos ist im Großen und Ganzen keinerlei Platz – weder für Schuld, noch für Verantwortung oder eine Wahrnehmung der Tragödie selbst. Was für eine staatsbürgerliche Verantwortung kann denn aus Heroismus und Selbstopferung erwachsen? Viele Bürger Russlands sind daher schlichtweg nicht in der Lage, sich den Grad der historischen Verantwortung der Sowjetunion gegenüber den heutigen Nachbarländern Russlands oder aber die Ausmaße der Katastrophe, die Russland selbst ereilt hat, bewusst zu machen. Sich dieser Erinnerung zu verweigern, sie durch das Bild eines Vulgär-Imperiums zu ersetzen, in dem – frei nach Schewtschenko – »Vom Moldauer bis zum Finnen, jedermann // In jedweder Sprache glücklich schweigt // Da er so in Wohlsein schwelgt«, stellt für Russland eine ebenso große gesellschaftliche Gefahr dar, wie die Kultivierung eigener nationaler Verletzungen für seine Nachbarn Gefahren birgt.

* * *

Es sei nochmals betont: nationale Unterschiede in der Interpretation wichtiger historischer Ereignisse sind natürlich und unvermeidlich. Es geht lediglich darum, sich klar zu machen, wie man sich zu diesen Unterschieden verhält.

Selbstverständlich soll sich niemand vom eigenen Geschichtsverständnis lossagen, bloß um einer »Politkorrektheit« zu genügen, doch darf andererseits auch nicht den Nachbarn die eigene Wahrheit aufgenötigt werden.

Es ist sinnlos, »fremde« Erinnerung zu ignorieren, so zu tun, als gäbe es sie gar nicht. Es ist sinnlos, ihr die Berechtigung abzustreiten und jene Tatsachen und Deutungen rundweg als falsch zu erklären, auf denen sie beruht.

Die Leiden und das Unglück des eigenen Volkes dürfen nicht in eine Art moralischer Überlegenheit gegenüber anderen Völkern verkehrt werden, die vermeintlich (oder tatsächlich) weniger stark gelitten haben; diese Leiden dürfen nicht als politisches Kapital eingesetzt und dann etwa in einen Forderungskatalog an die Nachbarstaaten und Nachbarvölker umgemünzt werden.

Keinesfalls jedoch darf der Versuch unternommen werden, die Widersprüche zwischen den »nationalen Geschichtsbildern« auszunutzen, indem die Besonderheiten der nationalen Erinnerung zum Anlass für interethnische Feindseligkeiten und zwischenstaatliche Konflikte genommen werden.

Es ist heute – ganz gleich mit welcher historischen Sicht – unproduktiv und gefährlich, die Völker in »Opfer« und »Henker« zu teilen und über die Vergangenheit in Kategorien »historischer Schuld« der einen gegenüber den anderen zu urteilen.

Entscheidend ist hier weniger der Umstand, dass das moderne Rechtsdenken die Konzeption einer Kollektiv- oder gar Erbschuld für ein Verbrechen verwirft (Fragen juristischer Verantwortung von Staaten gegenüber den eigenen oder anderen Bürgern lassen wir hier unberührt). Wir sind der festen Überzeugung, dass für eine ernsthafte Aufarbeitung der Geschichte, für eine Suche nach Auswegen aus der Sackgasse historischer Widersprüche nicht die Suche nach den Schuldigen an erster Stelle stehen sollte, sondern eine staatsbürgerliche Verantwortung, die jeder Einzelne, der sich als Teil einer bestimmten historisch gewachsenen Gemeinschaft empfindet, freiwillig wahrnimmt. Falls ein Volk nicht nur durch einen aktuell gegebenen staatsbürgerlichen und politischen Alltag vereint ist, sondern auch durch eine gemeinsame Vergangenheit und die Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft, so erstreckt sich staatsbürgerliche Verantwortung auf natürliche Weise auch auf die nationale Geschichte. Es ist staatsbürgerliche Verantwortung für die eigene Geschichte, und nicht große Leistungen oder große Katastrophen als solche, die aus einem Volk eine vollwertige Nation machen, eine Gemeinschaft von Mit-Bürgern

Diese Verantwortung ist keine Arbeit, die sich ein für alle mal erledigen lässt. Jedes Volk muss sich wieder und wieder seiner Vergangenheit zuwenden, muss sie mit jeder neuen Generation immer wieder aufarbeiten und sich erneut mit ihr auseinandersetzen, ohne sich von den bitteren und schrecklichen Seiten seiner Geschichte abzuwenden. Es muss dabei begreifen, dass andere das Recht auf eine eigene, abweichende Lesart der Geschichte haben. Jedes Volk muss darüber hinaus bestrebt sein, die gewachsenen Geschichtsbilder der Nachbarn zu erkennen und zu verstehen, sowie jene historische Realität zu verstehen, die diesen Bildern zugrunde liegt. Es gilt hier zu verstehen, nicht zu übernehmen, nicht die eigene Wahrheit durch eine fremde zu ersetzen, sondern die eigene Sicht auf die Vergangenheit zu ergänzen und zu bereichern.

* * *

Zu unserem Bedauern verwandelt sich Geschichte zusehends in ein Instrument, mit dem kurzfristige politische Ziele verfolgt werden, zu einem Knüppel in der Hand von Leuten, denen im Kern sowohl die nationale Erinnerung anderer Völker als auch die Tragödien, die das eigene Volk erlitten hat, ja auch die Geschichte selbst gleichgültig sind. Die jüngsten Ereignisse rund um das sowjetische Soldatendenkmal in Tallinn machten einmal mehr den Mangel an staatsbürgerlicher Verantwortung deutlich, den Politiker – in Estland wie auch in Russland – aufweisen. Die Affäre um das Denkmal illustriert eindrücklich, welche Folgen unterschiedliche nationale Geschichtsbilder haben können, wenn Streit über Geschichte zu einer »Konflikt der Erinnerungen« wird.

Natürlich finden sich immer Leute, die Konflikte dieser Art mit Blick auf die eigene politische Dividende anheizen wollen – zum Schaden des eigenen Volkes, zum Schaden anderer Völker und zum Schaden aller normalen Menschen. Doch auch die Gesellschaft kann sich von der Verantwortung für eine solche Entwicklung nicht frei machen, da derlei Konflikte nur dort möglich sind, wo ein gewissenhafter und interessierter Dialog nicht stattfindet.

Was also kann die Gesellschaft jenen überkommenen Vorurteilen, dieser gegenseitigen Intoleranz, dem Eigennutz und der Beschränktheit der Politiker entgegensetzen?

Unserer Ansicht nach besteht das einzige Mittel zur Überwindung der zunehmenden Entfremdung zwischen den Völkern in einem freien, unvoreingenommenen und zivilisierten Meinungsaustausch zu allen Fragen, in denen Differenzen über unsere gemeinsame Geschichte bestehen. Ziel dieses Meinungsaustauschs kann lediglich der Versuch sein, die jeweiligen Standpunkte besser kennen zu lernen und zu verstehen. Falls wir dabei zu einer gemeinsamen Ansicht zu einem wunden Punkt in unserer Geschichte gelangen, so wäre das hervorragend. Falls nicht, wäre es auch kein Unglück – jeder bliebe zwar bei seiner Meinung, doch lernten wir dabei auch jene Bilder zu verstehen, die im Bewusstsein unserer Nachbarn vorhanden sind. Einzige Voraussetzung für einen solchen Dialog ist die Bereitschaft, die Beteiligten, die Standpunkte des Anderen zu respektieren – wie »falsch« einem diese auf den ersten Blick auch erscheinen mögen –, das aufrichtige Interesse diese Standpunkte kennen zu lernen sowie der aufrichtige Wunsch, sie zu verstehen.

Für einen solchen Dialog braucht es entsprechende Mechanismen, ein Diskussionsforum.

* * *

Die Gesellschaft MEMORIAL schlägt allen, die an einer inhaltlichen und in gutem Willen geführten Diskussion von Themen der gemeinsamen Geschichte interessiert sind, vor, an der Schaffung eines solchen Forums, eines **Internationalen Geschichtsforums** mitzuarbeiten. Wir stellen uns dieses Forum als einen freiwilligen Zusammenschluss von gesellschaftlichen Organisationen, Forschungszentren, Kultur- und Bildungseinrichtungen usw. vor, in dessen Rahmen ein ständiger Meinungsaustausch zu konfliktträchtigen Ereignissen des 20. Jahrhunderts in unserer Region geführt wird.

Es versteht sich von selbst, dass sich das Forum auch einzelnen Forschern, Publizisten und anderen Interessenten nicht verschließen wird. Wir wünschen natürlich, dass auf dem Forum die in den jeweiligen Gesellschaften »herrschenden« Ansichten zur Geschichte ebenso vertreten sein werden wie »dissidentische« Positionen. Ausgeschlossen sind jene Interpretationen, die auf offen menschenverachtenden, faschistischen und rassistischen Wertesystemen beruhen.

Der Zustand der nationalen Erinnerung in den Ländern Mittel- und Osteuropas ist vor allem für die Länder der Region von Interesse und Bedeutung, aber auch darüber hinaus. Das so genannte »Alte Europa« wächst mit dem Neuen Europa zusammen. Nahezu alle Staaten der Region sind zu Mitgliedern gesamteuropäischer Strukturen geworden oder streben nach einer solchen Mitgliedschaft. Mit den Staaten halten die Probleme, Traumata und Komplexe unserer Geschichte Einzug in die europäische Kultur, die europäische Erinnerung. Die Erfahrung der postkommunistischen Staaten (nicht nur die des »geographischen Europa«, sondern auch die Kasachstans sowie der Staaten des Kaukasus und Zentralasiens) bedeuten eine Herausforderung für *alle* Europäer – sie muss verarbeitet und verstanden werden. Der von uns vorgeschlagene Dialog ist lediglich Teil eines gesamteuropäischen, und letztendlich weltumspannenden Geschichtsdialogs. Darüber hinaus hatten viele Völker – in Westeuropa wie auch in Südamerika und anderen Regionen – bei der Auseinandersetzung und Aufarbeitung »ihres« 20. Jahrhunderts ähnliche Probleme zu bewältigen, wie jene, denen wir uns jetzt zu stellen haben. Es wäre daher für uns sehr wichtig zu erfahren, wie dort mit diesen Problemen umgegangen wurde und wird. Wir hoffen somit, dass die Themen und die Zusammensetzung des Forums nicht strikt auf unsere Region beschränkt bleiben werden.

Wir schlagen vor, die konkreten Formen, in denen der Dialog stattfinden soll – eine eigene Internet-Seite, eine Reihe bi- und multilateraler Konferenzen zu bestimmten Themen, an denen nicht nur Fachhistoriker teilnehmen sollen (die ja ohnehin auf die eine oder andere Art den Meinungsaustausch innerhalb der akademischen Gemeinschaft gewährleisten), sondern auch Juristen, Soziologen, Journalisten, Aktivisten gesellschaftlicher Organisationen etc. – gemein-

sam mit all jenen auszuarbeiten, die unsere Idee unterstützen und sich an ihrer Verwirklichung beteiligen wollen. Dies gilt auch für die »Produkte« der Forumsarbeit, bis hin zur Herausgabe gemeinsamer Periodika oder der gemeinsamen Erstellung von Lehrbüchern für die Sekundarstufe, durch die Jugendliche in jedem unserer Länder etwas über die »nationalen Geschichtsbilder« ihrer Nachbarstaaten und Nachbarvölker erfahren können.

Das von uns vorgeschlagene Geschichtsforum wird zweifellos das Verständnis zwischen den Teilnehmern – den individuellen wie auch den institutionellen – aus den jeweiligen Ländern mit ihren unterschiedlichen Traditionen der Geschichtsdeutung fördern. Wir hoffen jedoch, dass es sich darüber hinaus auch zu einem Weg der Verständigung zwischen unseren Ländern und Völkern entwickelt.

Wir fühlen uns verpflichtet, diesen Versuch zu unternehmen, damit unsere gemeinsamen tragischen Erinnerungen die Völker einander näher bringen, und sie nicht entzweien. Dieses Ziel ist erreichbar, wenn es uns gelingt, die Geschichte gemeinsam aufzuarbeiten, und nicht jeder für sich allein.

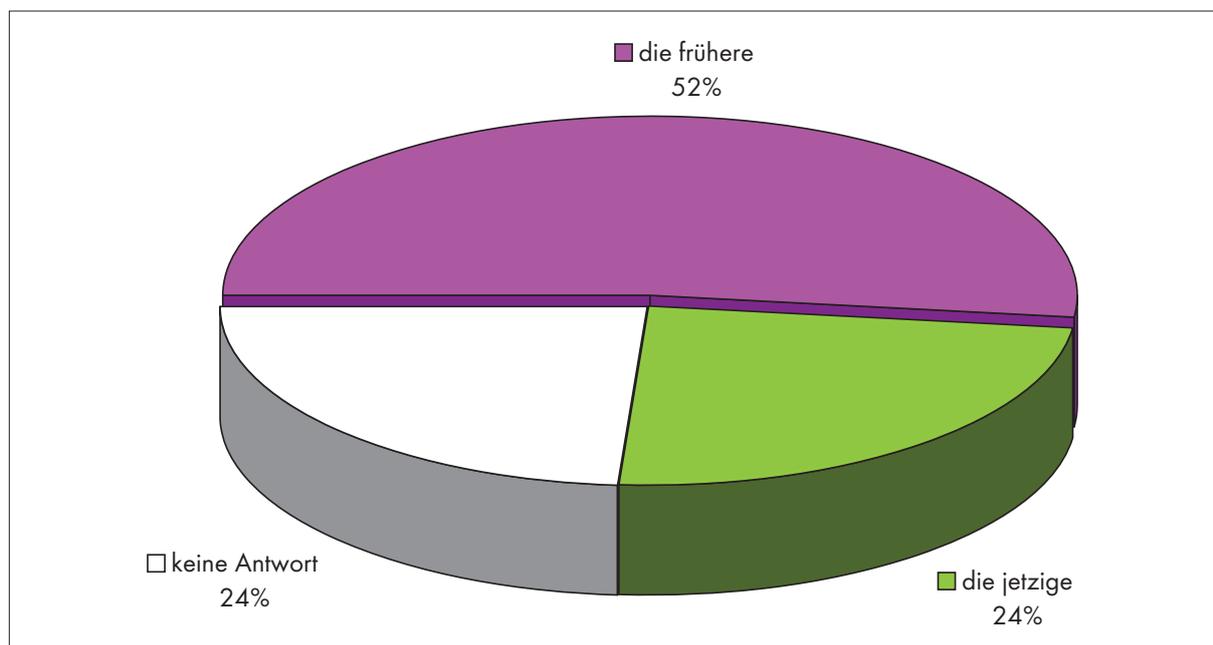
März 2008

Übersetzung: Hartmut Schröder

Umfrage

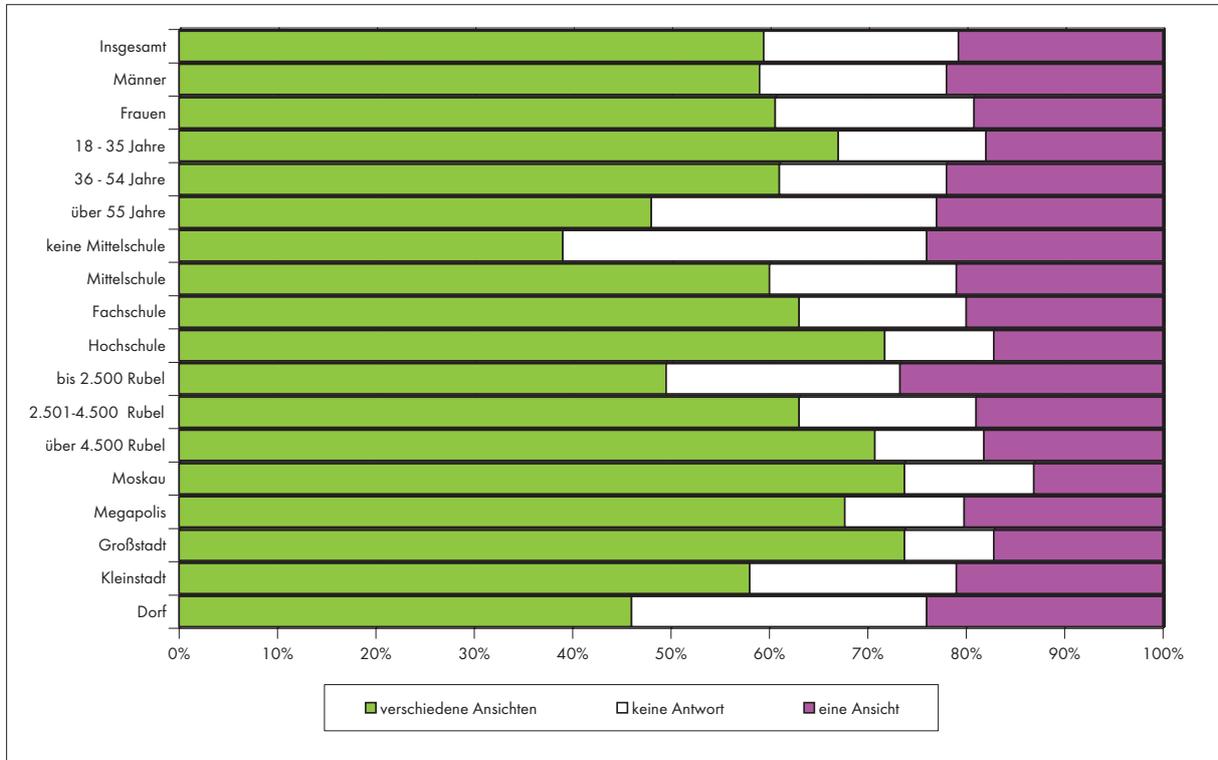
Wie sollten Schulgeschichtsbücher heute aussehen?

In der Sowjetunion gab es für jede historische Epoche nur ein Schulbuch. Heute gibt es mehrere zugelassene Schulbücher. Welche Ordnung war Ihrer Meinung nach besser: die frühere oder die jetzige?

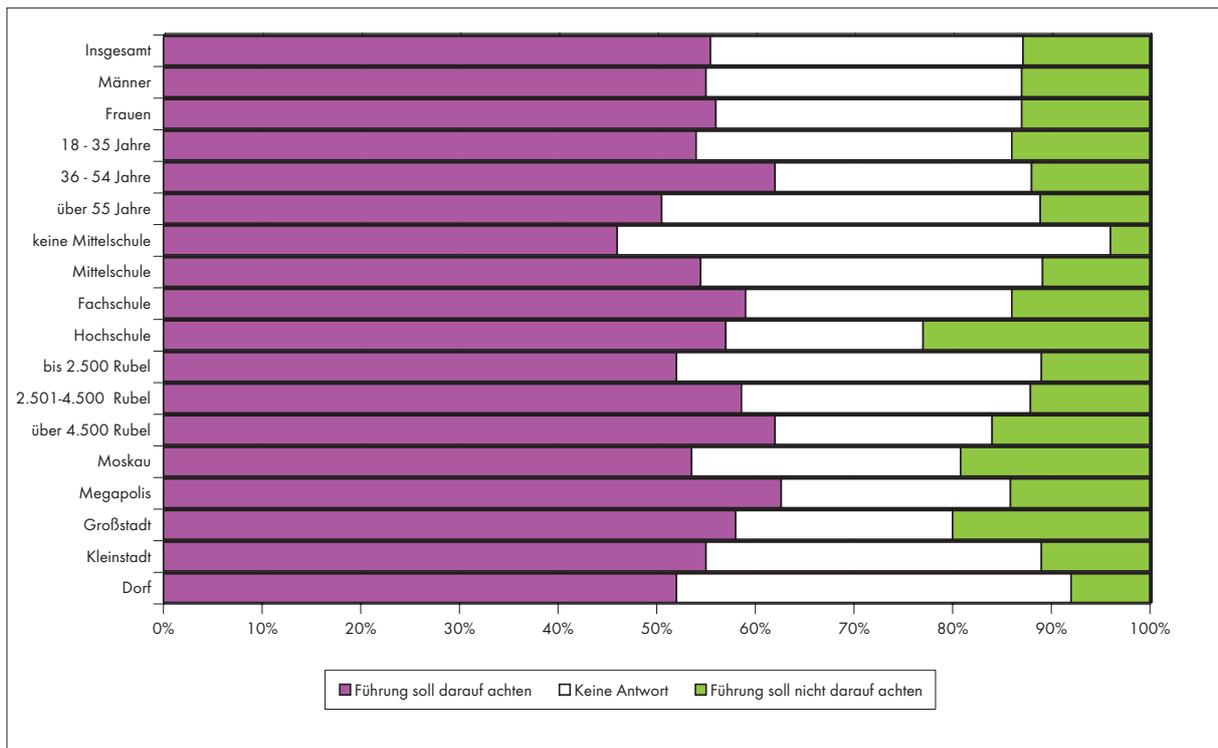


Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 14.–15.7.2007
http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0729/domt0729_6/d072906

Über historische Ereignisse und Personen gibt es verschiedene, manchmal gegensätzliche Ansichten. Sollen verschiedene Ansichten über dasselbe Ereignis, dieselben Personen Ihrer Meinung nach in Geschichtsbüchern dargestellt werden?



Soll die Führung des Landes darauf achten, wie historische Fakten und Personen in Geschichtsbüchern bewertet werden?



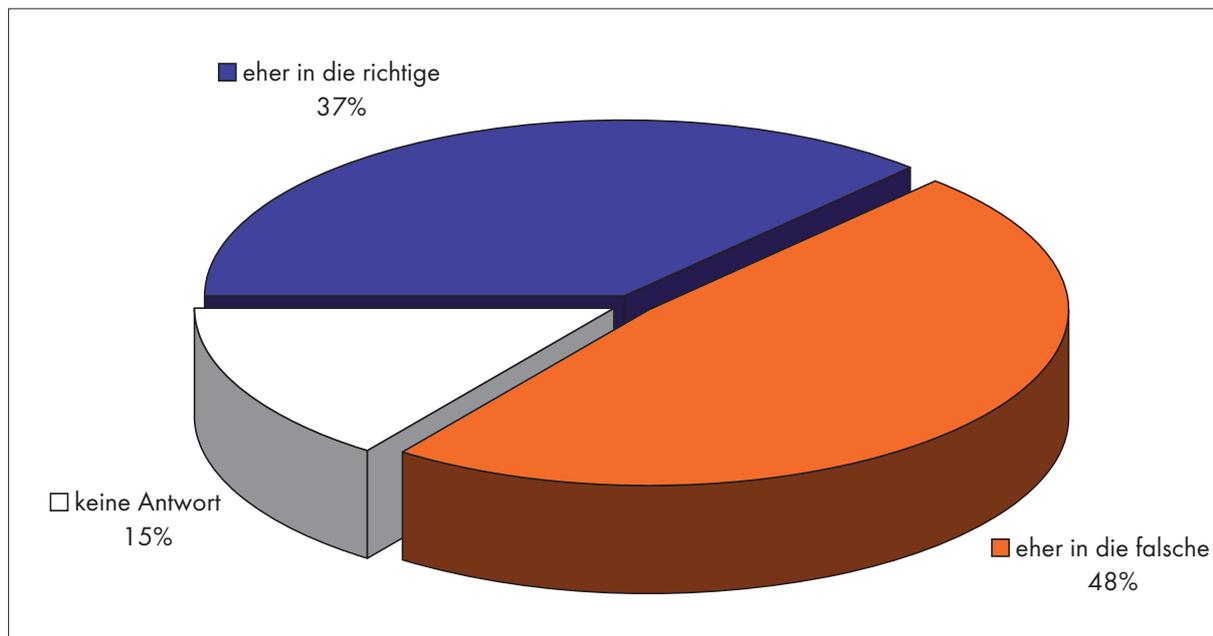
	Russland insgesamt	Geschlecht		Lebensalter			Bildung				Pro-Kopf-Einkommen				Wohnorttyp				
		Männer	Frauen	18-35 Jahre	36-54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 2.500 Rubel	2.501-4.500 Rubel	über 4.500 Rubel	Moskau	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf	
Gruppenanteile	100 %	46 %	54 %	37 %	36 %	27 %	15 %	33 %	36 %	17 %	23 %	28 %	23 %	8 %	12 %	17 %	38 %	25 %	
Die einen sagen, dass man in Geschichtsbüchern Fakten, Angaben über verschiedene Ereignisse, historische Personen ohne Wertung darlegen soll. Die anderen sagen, dass Geschichtsbücher außer Fakten auch Wertungen über historische Ereignisse und Personen enthalten sollen. Welche beider Meinungen - die erste oder die zweite - teilen Sie?																			
die erste	38 %	40 %	36 %	39 %	40 %	34 %	25 %	38 %	40 %	44 %	37 %	38 %	41 %	35 %	49 %	40 %	37 %	34 %	
die zweite	40 %	38 %	42 %	45 %	41 %	34 %	32 %	39 %	42 %	46 %	34 %	39 %	46 %	56 %	34 %	50 %	39 %	34 %	
keine Antwort	22 %	21 %	22 %	16 %	20 %	32 %	43 %	23 %	17 %	10 %	29 %	23 %	12 %	9 %	17 %	10 %	24 %	32 %	
Auf welche Themen soll Ihrer Meinung nach in Schulbüchern für russische Geschichte die größte Aufmerksamkeit gelenkt werden? (Karte, nicht mehr als drei Antworten)																			
Alltag und Mentalität des Volkes	30 %	27 %	32 %	29 %	30 %	29 %	26 %	32 %	29 %	30 %	25 %	31 %	31 %	38 %	45 %	25 %	27 %	26 %	
internationale Beziehungen, Kriege	27 %	30 %	25 %	31 %	26 %	23 %	25 %	25 %	28 %	33 %	27 %	28 %	32 %	39 %	35 %	25 %	26 %	24 %	
Kultur, Wertesystem, geistiges Leben der Gesellschaft	23 %	18 %	27 %	24 %	24 %	21 %	18 %	22 %	25 %	26 %	22 %	23 %	29 %	35 %	33 %	20 %	21 %	20 %	
Staatsordnung, Gesetze und Institutionen	19 %	19 %	19 %	19 %	20 %	18 %	16 %	18 %	21 %	21 %	16 %	23 %	23 %	25 %	22 %	19 %	19 %	16 %	
hervorragende Staatsmänner	14 %	14 %	13 %	16 %	12 %	14 %	16 %	14 %	13 %	14 %	12 %	16 %	12 %	18 %	16 %	12 %	16 %	10 %	
Reformen, Transformationsprozesse	13 %	13 %	14 %	14 %	15 %	10 %	6 %	14 %	14 %	16 %	11 %	16 %	14 %	13 %	17 %	14 %	13 %	12 %	
soziale Konflikte, Aufstände, Revolutionen	12 %	15 %	9 %	13 %	13 %	9 %	10 %	11 %	13 %	13 %	12 %	13 %	16 %	15 %	17 %	11 %	11 %	11 %	
Wirtschaftsentwicklung	12 %	12 %	12 %	11 %	14 %	10 %	7 %	14 %	12 %	12 %	13 %	12 %	12 %	9 %	15 %	10 %	13 %	11 %	

	Russland insgesamt	Geschlecht		Lebensalter			Bildung				Pro-Kopf-Einkommen				Wohnorttyp			
		Männer	Frauen	18-35 Jahre	36-54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 2.500 Rubel	2.501-4.500 Rubel	über 4.500 Rubel	Moskau	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf
Religionsgeschichte im Land	10 %	9 %	11 %	10 %	9 %	13 %	8 %	11 %	11 %	9 %	12 %	11 %	16 %	14 %	9 %	9 %	9 %	
technischer Fortschritt, Entwicklung der Wissenschaft	10 %	14 %	7 %	12 %	9 %	8 %	7 %	10 %	10 %	11 %	9 %	10 %	18 %	11 %	7 %	10 %	8 %	
Literatur und Kunst	10 %	9 %	11 %	12 %	10 %	7 %	5 %	10 %	10 %	10 %	8 %	12 %	14 %	10 %	11 %	9 %	8 %	
politisches Leben, Kampf politischer Kräfte	6 %	7 %	6 %	6 %	7 %	7 %	5 %	6 %	6 %	9 %	7 %	6 %	7 %	5 %	7 %	7 %	6 %	
anderes	1 %	0 %	1 %	0 %	1 %	1 %	0 %	0 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	0 %	1 %	0 %	0 %	
alle aufgezählten	23 %	23 %	22 %	24 %	22 %	22 %	18 %	22 %	23 %	27 %	25 %	20 %	14 %	7 %	28 %	23 %	29 %	
keine der aufgezählten	1 %	0 %	1 %	1 %	0 %	2 %	2 %	0 %	1 %	1 %	0 %	1 %	1 %	0 %	2 %	0 %	1 %	
keine Antwort	9 %	8 %	9 %	6 %	8 %	15 %	22 %	9 %	7 %	0 %	10 %	5 %	1 %	6 %	7 %	10 %	12 %	

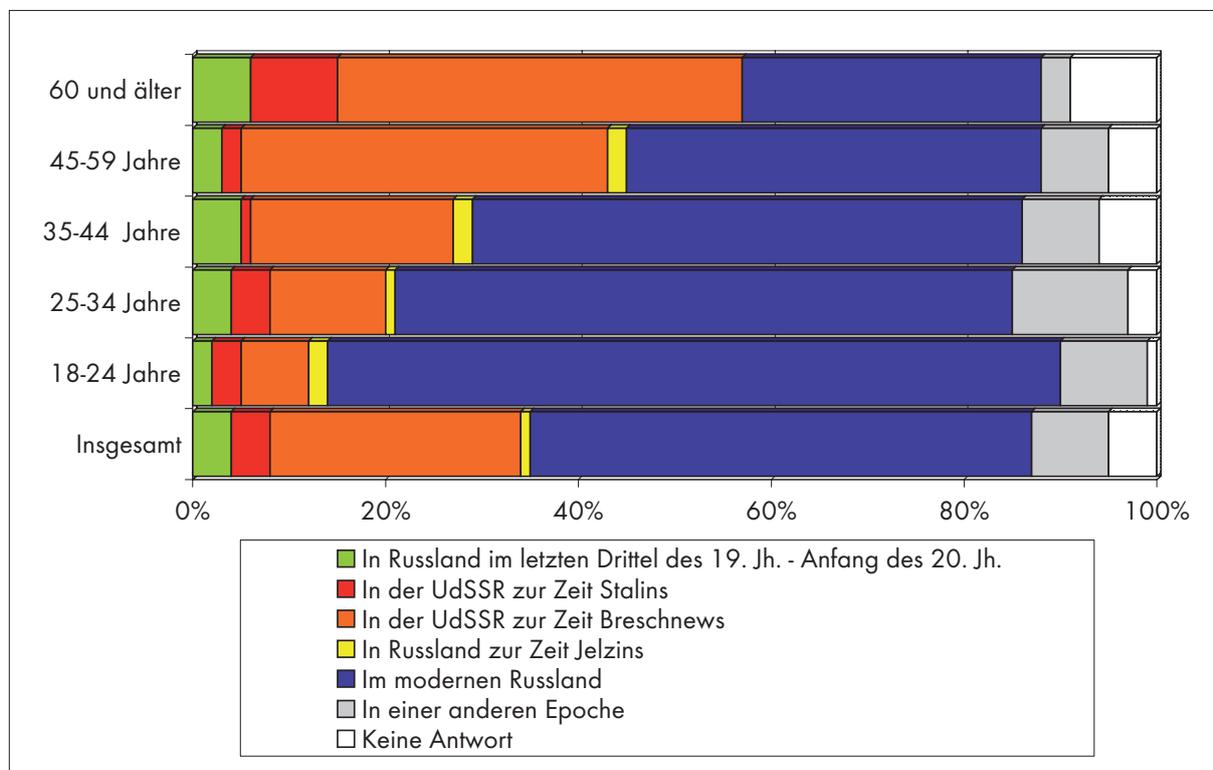
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 14.-15.7.2007 http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0729/dom0729_6/d072906

Stalin – Tyrann oder Held?

Hat sich unser Land unter Stalin in die richtige oder in die falsche Richtung entwickelt?
(Oktober 2005)

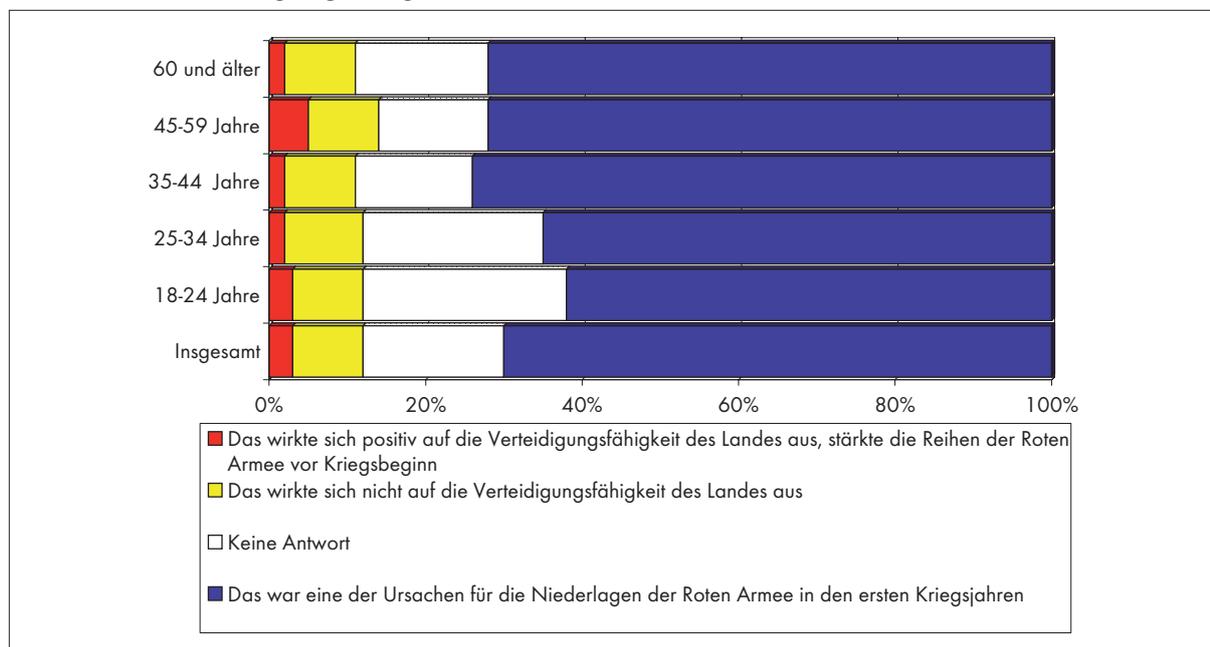


In welcher Epoche möchten Sie leben, wenn Sie solche Möglichkeit hätten?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom April und Oktober 2005, Dezember 2006 und Oktober 2007
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9770.html>

1937 wurde eine »Säuberung« der Armee durchgeführt. Wie wirkte sich das Ihrer Meinung nach auf die Verteidigungsfähigkeit des Landes aus? (Oktober 2007)



Lassen Sie uns an einige Ereignisse von vor 70 Jahren erinnern. Welche Eindrücke, Erinnerungen, Assoziationen ruft in Ihnen das Jahr 1937 hervor? Was besonders Bedeutendes hat sich zu dieser Zeit ereignet? (Offene Frage, bis zu 3 Antworten, 6.–7. Oktober 2007)

	Insgesamt	18–24 Jahre	25–34 Jahre	35–44 Jahre	45–59 Jahre	60 und älter
Es ist das Jahr der Massenrepressionen	47 %	23 %	36 %	56 %	56 %	51 %
Hunger im Land	3 %	1 %	1 %	3 %	3 %	5 %
Zeit industriellen Wachstums, Industrialisierung, Bauboom im Land	3 %	1 %	2 %	2 %	4 %	6 %
Schwere Zeiten	3 %	2 %	5 %	2 %	3 %	4 %
Willkür der Macht und Durcheinander im Land	2 %	2 %	1 %	1 %	3 %	2 %
Stalins Regierungsjahre	2 %	2 %	3 %	1 %	2 %	3 %
Stalins Persönlichkeitskult	2 %	1 %	2 %	2 %	2 %	1 %
Aufkommen des Faschismus in Italien, Deutschland, Kriegsvorbereitung	2 %	1 %	3 %	1 %	2 %	2 %
Es gab nichts Gutes	2 %	1 %	3 %	2 %	1 %	3 %
Kollektivierung der Landwirtschaft	1 %	0 %	1 %	1 %	1 %	1 %
Vernichtung der Intelligenzija	1 %	0 %	1 %	1 %	1 %	2 %
Anderes	1 %	0 %	1 %	0 %	1 %	3 %
Keine Antwort	44 %	69 %	53 %	42 %	35 %	32 %

Quelle: Umfragen des WZIOM vom April und Oktober 2005, Dezember 2006 und Oktober 2007
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9770.html>

Welche Bevölkerungsgruppen haben Ihrer Meinung nach unter den Stalinschen Repressionen am meisten gelitten? (bis zu drei Antworten, 6.–7. Oktober 2007)

Intelligenzija, Kulturschaffende, Wissenschaftler, Künstler	51 %
Armeeangehörige	31 %
Einfache Bürger, alle wahllos	21 %
Juden, Letten, Angehörige anderer nationaler Minderheiten	18 %
Geistliche	18 %
Bauern	17 %
Arbeiter	16 %
Parteimitarbeiter	14 %
Politische Opposition gegen Stalin	11 %
Mitarbeiter des NKWD, anderer machtausübender Organe	6 %
Spione und Schädlinge	5 %
Diebe, Banditen, Spekulanten	2 %
Andere	1 %
Keine Antwort	11 %

Wie würden Sie heute die Repressionen jener Jahre einschätzen? (6.–7. Oktober 2007)

	Insgesamt	Bildungsstand			
		Grundschule oder niedriger, Hauptschule	Mittlere Reife (Schule oder Berufsschule)	Fachausbildung (Technikum)	Ein nicht abgeschlossenes Studium (mind. 6 Sem.), Akademiker
Es war ein richtiger und notwendiger Schritt der Sowjetmacht	2 %	2 %	2 %	1 %	1 %
Gegen die Feinde des Volkes zu kämpfen, war im Prinzip notwendig, es wurde dabei übertrieben, unschuldige Menschen waren betroffen	16 %	22 %	16 %	16 %	14 %
Es war ein großer Fehler Stalins	19 %	14 %	18 %	21 %	20 %
Es was ein bewusstes Verbrechen Stalins, das durch Nichts gerechtfertigt werden kann	19 %	18 %	17 %	20 %	19 %
Die Schuld an den Repressionen jener Jahre tragen nicht nur Stalin, sondern auch das von ihm geschaffene Machtsystem	33 %	28 %	32 %	32 %	38 %
Keine Antwort	11 %	16 %	15 %	10 %	8 %

Quelle: Umfragen des WZIAM vom April und Oktober 2005, Dezember 2006 und Oktober 2007
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9770.html>

Chronik
Vom 2. bis zum 17. April 2007

2.4.2008	Russische Sicherheitskräfte entdecken in dem Ort Ulus-Kert (Tschetschenien) ein Waffenversteck.
2.4.2008	Der politische Analytiker Grigorij Belonutschkin, der als Wahlbeobachter der KPRF die Partei Jedinaja Rossija des Wahlbetrugs bezichtigt hat, wird ins Krankenhaus eingeliefert, nachdem er in der Nähe seiner Wohnung von Unbekannten angegriffen wurde.
3.4.2008	Das Innenministerium eröffnet gegen Hermitage Capital Management Investment Fond ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung.
3.4.2008	Auf dem Gipfeltreffen der NATO in Bukarest intervenieren Deutschland, Frankreich und eine Reihe anderer Staaten erfolgreich gegen die Initiative der USA, der Ukraine und Georgien einen Membership Action Plan anzubieten. Die NATO-Staaten unterstützen jedoch die Absicht der USA, in Polen und Tschechien Elemente eines Raketenabwehrsystems zu studieren.
4.4.2008	Die Duma verabschiedet in dritter und letzter Lesung eine Novellierung des Referendumsgesetzes, das die Möglichkeiten zur Abhaltung von Referenden einengt.
5.4.2008	In St. Petersburg erörtern führende Oppositionelle Möglichkeiten zur Bildung einer breiten Allianz. An dem Treffen nehmen u. a. Nikolaj Belych, Garri Kasparow und Wladimir Bukowskij teil. Grigorij Jawlinskij, der Vorsitzende von Jabloko, warnt vor der Teilnahme an dieser Initiative.
6.4.2008	In Sotschi treffen US-Präsident George W. Bush und der russische Präsident Wladimir Putin zusammen. Die beiden Staatsmänner erörtern u. a. die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Europa, Russlands WTO-Beitritt und die Beseitigung von Handelsbeschränkungen auf amerikanischer Seite.
7.4.2008	Die Zeitung »Kommersant« berichtet, dass in Zukunft Journalisten nur noch in Sonderfällen Zugang zum »Weißen Haus«, dem Sitz der Regierung, erhalten werden.
7.4.2008	In St. Petersburg werden drei Personen, denen man vorgeworfen hatte, einen Anschlag auf die Gouverneurin Walentina Matwijenko geplant zu haben, auf freien Fuß gesetzt, da kein Verbrechen nachweisbar sei.
8.4.2008	Die Zeitung »Wedomosti« berichtet, dass bis heute ca. ein Sechstel der 227.577 NGOs, die im Lande arbeiten, überprüft worden sind. Dabei wurden 2007 mehr als 11.000 die Registrierung verweigert. Die Menschenrechtsaktivistin Ljudmila Aleksejewa geht davon aus, dass 2002 noch 600.000 NGOs in Russland aktiv gewesen seien.
8.4.2008	Der künftige Präsident Dmitrij Medwedew trifft im Moskauer Kreml mit 23 führenden Industriellen zusammen. Medwedew fordert die Geschäftsleute auf, die Produktivität zu steigern, während diese den Abbau bürokratischer Hindernissen fordern.
8.4.2008	Nikolaj Patruschew, der Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, erklärt vor dem Nationalen Antiterrorismuskomitee, dass einige russische NGOs Terrorismus unterstützen. Ein Mitglied des Komitees erklärt später, dass 59 Organisationen als terrorismusnah angeklagt worden seien.
8.4.2008	Ein Moskauer Gericht verlängert die Untersuchungshaft für Sergej Stortschak, den Stellvertretenden Finanzminister, gegen den wegen des Verdachts der Unterschlagung ein Verfahren eingeleitet worden ist.
9.4.2008	Medien berichten, dass dem Außenministerium ein von den 27 EU-Mitgliedsländerstaaten unterzeichnetes Schreiben zugegangen ist, in dem diese die neuen russischen Visaregelungen kritisieren.
9.4.2008	UN Generalsekretär Ban Ki-moon trifft zu einem dreitägigen Besuch in Moskau ein. Ban Ki-moon spricht sowohl mit Wladimir Putin wie mit Dimitrij Medwedew zusammen.
9.4.2008	Iwan Bolschakow, der Vorsitzende der Moskauer Jugendorganisation von Jabloko, wird unter dem Vorwurf verhaftet, im März bei einer Demonstration einen Polizeibeamten angegriffen und bei einer Kommunalwahl Unterschriften gefälscht zu haben.
11.4.2008	In Moskau gehen Polizeikräfte gewaltsam gegen eine erlaubte Demonstration vor, die sich gegen Polizeigewalt richtet. 14 Personen werden festgenommen.

11.4.2008	Die Bundesanwaltschaft teilt mit, dass vor dem Oberlandesgericht München ein Deutscher wegen Spionage für den russischen Geheimdienst angeklagt wird. Dem Beklagten wird vorgeworfen, zwischen Mai 2004 und Dezember 2006 dem russischen Geheimdienst Unterlagen über hoch entwickelte technische Produkte übergeben zu haben.
13.4.2008	In Karabulak (Inguschetien) eröffnen Unbekannte das Feuer auf den Wagen des Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Gerichts von Inguschetien, Chasan Jandijew, der vor allem mit Korruptionsfällen und schweren Verbrechen befasst war. Jandijew stirbt im Krankenhaus an seinen Verletzungen.
13.4.2008	In Chasavjurt (Dagestan) erschießen Sicherheitskräfte im Rahmen einer Spezialoperation Ismail Jangizbijew, den Führer einer Untergrundgruppe.
14.4.2008	Der »Kommersant« berichtet, dass das Verfahren gegen Elena Mardaschowa, eine Angestellte des privaten Nemesida-Sicherheitsdienstes, der angeblich der Ehefrau von General Alexander Bulbow, einem hohen Offizier der Drogenbekämpfungsbehörde gehört, und die in Zusammenhang mit Bestechungsvorwürfen gegen Bulbow festgenommen worden war, eingestellt und sie selbst auf freien Fuß gesetzt wird.
14.4.2008	Aus Tschetschenien wird berichtet, dass es zwischen der Leibwache Präsident Ramsan Kadyrows und dem Wostok-Bataillon nach einem Verkehrsunfall, in das Fahrzeuge beider Gruppierungen verwickelt waren und bei dem zwei Angehörige von Wostok getötet wurden, zu einem ausgedehnten Schusswechsel gekommen ist. Kadyrows Innenminister teilt mit, dass Badrudi Jamadajew, der jüngere Bruder des Wostok-Kommandeurs Sulim Jama-dajew, polizeilich gesucht werde.
14.4.2008	Der japanische Außenminister Masahiko Komura führt in Moskau Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die »territoriale Frage« (d.h. die Kurilenfrage) und bilaterale Wirtschaftsbeziehungen.
15.4.2008	Putin nimmt das Angebot der Partei »Einiges Russland« an, den Vorsitz zu übernehmen. Er wird der Partei jedoch nicht beitreten.
15.4.2008	Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt vor dem Europarat, dass sie hofft, die russische Duma werde einer Reform des Europäischen Menschengerichtshofes zustimmen.
16.4.2008	Machmud Abbas, der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, trifft zu einem zweitägigen Besuch in Moskau ein.
16.4.2008	In Karabulak (Inguschetien) wird ein Stützpunkt der Sonderpolizei OMON mit Granatwerfern und Handfeuerwaffen beschossen. Dabei wird wenigstens ein Angehöriger der Sicherheitskräfte verwundet.
17.4.2008	In Moskau wird Maksim Kosenko, der Verwaltungschef der Stadt Tambow, verhaftet, da er angeblich eine Person gegen ihren Willen festgehalten und von Moskau nach Tambow verbracht hat.

Die Russland-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

OSTEUROPA 2/2008

ist erschienen. Das Heft hat 128 Seiten, kostet 10,00 Euro und ist unter der Adresse osteuropa@dgo-online.org zu beziehen. Es enthält folgende Beiträge mit Russlandbezug.

Dmitrij Furman

Russland am Scheideweg

Logik und Ende der »imitierten Demokratie«

Russland hat im Jahr 2008 die Chance, erneut einen demokratischen Pfad einzuschlagen. Seit der Auflösung der Sowjetunion, die dem Volkswillen widersprach, und der verfassungswidrigen Auflösung des Obersten Sowjet 1993 war der Kreml dem ehernen Gesetz der »imitierten Demokratie« gefolgt. Die autokratischen Ursünden zwangen die Machthaber, die Gewaltenteilung abzuschaffen und die Kontrolle über die Gesellschaft zu verschärfen. Aus diesem autokratischen Teufelskreis hat Putin einen Ausweg geschaffen: Mit dem Verzicht auf eine verfassungswidrige Kandidatur für eine weitere Amtszeit hat er einen bedeutenden Schritt zur »Entsakralisierung« und »Entpersonalisierung« der Macht getan.

Offener Brief von Sergej Kovalev

Kurz vor der »Wahl« genannten Akklamation, mit der Dmitrij Medvedev zum neuen Präsidenten Russlands gemacht wurde, meldete sich der Menschenrechtler Sergej Kovalev mit einem offenen Brief zu Wort, in dem er das unter dem scheidenden Präsidenten Putin errichtete Regime harsch kritisiert. Wir dokumentieren den Brief in einer leicht gekürzten und redaktionell annotierten Fassung.

Roland Götz

Wirtschaftsmacht Russland

Das Öl, der Aufschwung und die Stabilität

Russlands Wirtschaft boomt seit einigen Jahren. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte 2008 größer als das Großbritanniens werden. 2016 könnte Russland Deutschland überholt haben und nach den USA, China, Japan und Indien die fünftgrößte Wirtschaftsmacht der Welt werden. Die schiere Größe des BIP ist jedoch kein ausreichender Indikator für die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft. Russlands Wachstum hängt stark von der Entwicklung des Erdölpreises ab. Der enorme Ressourcenexport führt zu einer Aufwertung des Rubels. Diese wirkt wachstumsdämpfend, weil sie die Exportmöglichkeiten der verarbeitenden Industrie beeinträchtigt. So machen sich Symptome der »holländischen Krankheit« und eines »Ressourcenfluchs« bemerkbar. Ein Stabilisierungsfonds soll Abhilfe schaffen. Ob dies gelingt, ist fraglich.

Mischa Gabowitsch

Wissenssoziologie statt Weihrauchschwenken

Selbstverschuldete Rezeptionshürden der Levada-Schule

Die Soziologen des Moskauer Levada-Zentrums arbeiten an einer Kodifizierung des geistigen Erbes ihres verstorbenen Lehrers. Aus der Isolation kommen Levada, Gudkov & Co. auf diese Weise aber kaum. Denn die »Dialogstörung« ist nicht nur ein Problem internationaler Wissenschaftskommunikation. Sie hat auch mit der Debattierkultur in Russland zu tun. Der Totalitätsanspruch der funktionalistischen Theorie Levadas, der zweifelhafte Status zentraler Begriffe, die Beschränkung auf Russland als Gegenstand der Forschung sowie der explizit erhobene normative Anspruch schaffen zusätzliche Rezeptionshürden.

Iris Kempe

Die baltischen Staaten, Russland und die EU

Regionale Konflikte als europäische Aufgabe

Die Beziehungen zwischen Russland und seinen baltischen Nachbarn sind von Misstrauen geprägt. Grund sind unterschiedliche Interpretationen der Geschichte und die russischsprachigen Minderheiten. Seit dem Beitritt der Balten zur EU sind aus diesen bilateralen Fragen EU-Angelegenheiten geworden. Die baltischen Staaten stehen vor der Herausforderung, ihre exponierte Position konstruktiv für eine gemeinsame Russlandpolitik der EU zu nutzen.

Mirjam Sprau

Gold und Zwangsarbeit

Der Lagerkomplex *Dal'stroj*

Das Gebiet um den Fluss Kolyma ist untrennbar mit Zwangsarbeit verbunden. Im Stalinismus beutete hier der lagerindustrielle Komplex *Dal'stroj* Menschen, Gold und andere Rohstoffen aus. Von 1931 bis 1957 waren 876 043 Menschen in *Dal'stroj* inhaftiert. Auf seinem Höhepunkt umfasste der Komplex ein Siebtel der Sowjetunion. Administrativ, ökonomisch und politisch genoss der Lagerkomplex einen Sonderstatus. Varlam Šalamov und Evgenija Ginzburg legten literarisch Zeugnis über das Elend der Zwangsarbeit ab. Die Geschichte des Gulag ist untrennbar mit *Dal'stroj* verbunden.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de